

Dieses Dokument ist lediglich eine Dokumentationsquelle, für deren Richtigkeit die Organe der Gemeinschaften keine Gewähr übernehmen

► **B**

RICHTLINIE 93/36/EWG DES RATES

vom 14. Juni 1993

über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge

(ABl. L 199 vom 9.8.1993, S. 1)

Geändert durch:

		Amtsblatt		
		Nr.	Seite	Datum
► <u>M1</u>	Richtlinie 97/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1997	L 328	1	28.11.1997

Geändert durch:

► <u>A1</u>	Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens	C 241	21	29.8.1994
	angepaßt durch den Beschluß 95/1/EG, Euratom, EGKS des Rates	L 1	1	1.1.1995

NB: Diese konsolidierte Fassung enthält Bezugnahmen auf die Europäische Rechnungseinheit und/oder den Ecu, welche ab 1. Januar 1999 als Bezugnahmen auf den Euro zu verstehen sind — Verordnung des Rates (EWG) Nr. 3308/80 (ABl. L 345 vom 20.12.1980, S. 1) und Verordnung des Rates (EG) Nr. 1103/97 (ABl. L 162 vom 19.6.1997, S. 1).



RICHTLINIE 93/36/EWG DES RATES

vom 14. Juni 1993

über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 100a,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,

in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament⁽²⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Richtlinie 77/62/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge⁽⁴⁾ ist mehrfach geändert worden. Da nunmehr weitere Änderungen vorgenommen werden sollen, empfiehlt sich aus Gründen der Klarheit eine Neufassung.

Es ist insbesondere wichtig, den Wortlaut der vorliegenden Richtlinie soweit wie möglich an die Bestimmungen der Richtlinie 93/37/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge⁽⁵⁾ und der Richtlinie 92/50/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge⁽⁶⁾ anzupassen.

Die vorzunehmenden Anpassungen betreffen insbesondere folgendes: Festlegung einer funktionalen Begriffsbestimmung der öffentlichen Auftraggeber; die Möglichkeit, das offene oder das nicht offene Verfahren zu wählen; die Auflage, die Ablehnung von Bewerbern oder Bietern zu begründen; die Vorschriften über die Erstellung von Berichten über die Durchführung der verschiedenen Vergabeverfahren; die Voraussetzungen für einen Verweis auf gemeinsame technische Vorschriften; die Veröffentlichung und die Teilnahme; Klarstellungen hinsichtlich der Zuschlagskriterien und die Einführung des Verfahrens des Beratenden Ausschusses.

Auch einige redaktionelle Änderungen müssen vorgenommen werden, um die Klarheit der bestehenden Vorschriften zu verbessern.

Die Verwirklichung des freien Warenverkehrs auf dem Gebiet der öffentlichen Lieferaufträge, die in den Mitgliedstaaten für Rechnung des Staates, der Gebietskörperschaften sowie sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts vergeben werden, erfordert neben der Aufhebung der Beschränkungen eine Koordinierung der einzelstaatlichen Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge.

Bei dieser Koordinierung sollten die in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Verfahren und Verwaltungspraktiken so weit wie möglich berücksichtigt werden.

Die Gemeinschaft ist Vertragspartei des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen⁽⁷⁾ (nachstehend „GATT-Übereinkommen“ genannt).

Anhang I dieser Richtlinie enthält die Verzeichnisse der unter das GATT-Übereinkommen fallenden öffentlichen Auftraggeber. Dieser Anhang muß entsprechend den von den Mitgliedstaaten übermittelten Änderungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

(1) ABl. Nr. C 277 vom 26. 10. 1992, S. 1.

(2) ABl. Nr. C 72 vom 15. 3. 1993, S. 73, und Beschluß vom 26. Mai 1993 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

(3) ABl. Nr. C 332 vom 16. 12. 1992, S. 72

(4) ABl. Nr. L 13 vom 15. 1. 1977, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/50/EWG (ABl. Nr. L 209 vom 24. 7. 1992, S. 1).

(5) Siehe Seite 54 dieses Amtsblatts.

(6) ABl. Nr. L 209 vom 24. 7. 1992, S. 1.

(7) ABl. Nr. L 71 vom 17. 3. 1980, S. 44, und ABl. Nr. L 345 vom 9. 12. 1987, S. 24.

▼B

Diese Richtlinie gilt nicht für bestimmte unter die Richtlinie 90/531/EWG⁽¹⁾ fallende Lieferaufträge in den Bereichen der Wasser- und Energieversorgung, des Verkehrs und der Telekommunikation.

Unbeschadet der Anwendung des Schwellenwerts für Lieferaufträge, die unter das GATT-Übereinkommen fallen, können Lieferaufträge von weniger als 200 000 ECU für den Wettbewerb, wie ihn diese Richtlinie vorsieht, außer acht gelassen werden und sollten daher nicht unter die Koordinierungsmaßnahmen fallen.

Es müssen Ausnahmefälle vorgesehen werden, in denen die Maßnahmen zur Koordinierung der Verfahren nicht angewendet zu werden brauchen; diese Fälle sind jedoch ausdrücklich anzuführen.

Das Verhandlungsverfahren muß die Ausnahme darstellen und darf daher nur in bestimmten, genau festgelegten Fällen zur Anwendung gelangen.

Es müssen gemeinsame technische Vorschriften eingeführt werden, die der gemeinschaftlichen Normungspolitik Rechnung tragen.

Damit auf dem Gebiet des öffentlichen Auftragswesens ein echter Wettbewerb entsteht, ist es erforderlich, daß die beabsichtigten Auftragsvergaben der öffentlichen Auftraggeber der Mitgliedstaaten in der gesamten Gemeinschaft bekannt gemacht werden. Die in diesen Ausschreibungen enthaltenen Angaben sollten es den in der Gemeinschaft ansässigen Lieferanten ermöglichen zu beurteilen, ob die vorgesehenen Aufträge für sie von Interesse sind, und sie zu diesem Zweck über die zu liefernden Waren und die damit verbundenen Bedingungen ausreichend informieren. Bei den nicht offenen Verfahren sollte die Bekanntmachung es den Lieferanten der Mitgliedstaaten ermöglichen, ihr Interesse an den Aufträgen dadurch zu bekunden, daß sie sich bei den öffentlichen Auftraggebern um eine Aufforderung bewerben, unter den vorgeschriebenen Bedingungen ein Angebot einzureichen.

Die zusätzlichen Angaben über die Aufträge müssen — wie in den Mitgliedstaaten üblich — in den Verdingungsunterlagen für jeden einzelnen Auftrag oder in sonstigen gleichwertigen Unterlagen enthalten sein.

Es bedarf gemeinsamer Vorschriften für die Beteiligung an öffentlichen Lieferaufträgen, die sowohl Kriterien für die qualitative Auswahl als auch Kriterien für die Auftragsvergabe umfassen müssen.

Es erscheint angebracht, daß bestimmte, die Bekanntmachung und statistische Berichte betreffende technische Vorschriften dieser Richtlinie geänderten technischen Bedürfnissen angepaßt werden können. In Anhang II dieser Richtlinie wird auf eine Nomenklatur Bezug genommen; die Gemeinschaft kann diese Nomenklatur bei Erfordernis überarbeiten oder durch eine neue Nomenklatur ersetzen. Es ist daher notwendig festzulegen, daß die Bezugnahmen auf die Nomenklatur angepaßt werden können.

Diese Richtlinie soll die Pflichten der Mitgliedstaaten hinsichtlich der in Anhang V genannten Umsetzungs- und Anwendungsfristen nicht berühren —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Im Sinne dieser Richtlinie

- a) gelten als *öffentliche Lieferaufträge* die zwischen einem Lieferanten (einer natürlichen oder juristischen Person) und einem unter Buchstabe b) näher bezeichneten öffentlichen Auftraggeber geschlossenen schriftlichen entgeltlichen Verträge über Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Ratenkauf, mit oder ohne Kaufoption, von Waren. Diese Lieferung kann auch Nebenarbeiten wie das Verlegen und Anbringen umfassen;
- b) gelten als *öffentliche Auftraggeber* der Staat, Gebietskörperschaften, Einrichtungen des öffentlichen Rechts und Verbände, die aus einer oder mehreren dieser Körperschaften oder Einrichtungen bestehen.

⁽¹⁾ ABI. Nr. L 297 vom 29. 10. 1990, S. 1.

▼B

Als *Einrichtung des öffentlichen Rechts* gilt jede Einrichtung,

- die zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
- die Rechtspersönlichkeit besitzt und
- die überwiegend vom Staat, von Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts finanziert wird oder die hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die vom Staat, von Gebietskörperschaften oder von anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts ernannt worden sind;

Die Verzeichnisse der Einrichtungen des öffentlichen Rechts und der Kategorien solcher Einrichtungen, die die in Unterabsatz 2 des vorliegenden Buchstabens genannten Kriterien erfüllen, sind in Anhang I der Richtlinie 93/37/EWG enthalten. Diese Verzeichnisse sind so vollständig wie möglich und können nach dem Verfahren des Artikels 35 der Richtlinie 93/37/EWG geändert werden;

- c) — ist *Bieter* der Lieferant, der ein Angebot eingereicht hat;
 - ist *Bewerber* derjenige, der sich um eine Aufforderung zur Teilnahme an einem nicht offenen Verfahren beworben hat;
- d) sind *offene Verfahren* diejenigen einzelstaatlichen Verfahren, bei denen alle interessierten Lieferanten ein Angebot abgeben können;
- e) sind *nicht offene Verfahren* diejenigen einzelstaatlichen Verfahren, bei denen nur die vom öffentlichen Auftraggeber aufgeförderten Lieferanten ein Angebot abgeben können;
- f) sind *Verhandlungsverfahren* diejenigen einzelstaatlichen Verfahren, bei denen der öffentliche Auftraggeber sich an Lieferanten seiner Wahl wendet und mit mehreren oder einem einzigen dieser Lieferanten über die Auftragsvergabe verhandelt.

Artikel 2

- (1) Diese Richtlinie findet keine Anwendung auf
 - a) die Vergabe von Aufträgen in den Bereichen, die in den Artikeln 2, 7, 8 und 9 der Richtlinie 90/531/EWG genannt sind, und von Aufträgen, die den Bedingungen des Artikels 6 Absatz 2 der genannten Richtlinie entsprechen;
 - b) Lieferungen, die gemäß den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats für geheim erklärt werden oder deren Ausführung nach diesen Vorschriften besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordert, oder wenn der Schutz wesentlicher Interessen der Sicherheit des Mitgliedstaats es gebietet.
- (2) Wenn ein öffentlicher Auftraggeber im Sinne des Artikels 1 Buchstabe b) einer Einrichtung, die kein öffentlicher Auftraggeber ist, ungeachtet ihrer Rechtsstellung Sonder- oder Alleinrechte zur Ausführung einer Tätigkeit des öffentlichen Dienstleistungsbereichs zuerkennt, so muß in dem Rechtsakt über die Zuerkennung dieses Rechts bestimmt sein, daß die betreffende Einrichtung bei der Vergabe öffentlicher Lieferaufträge an Dritte im Rahmen dieser Tätigkeit den Grundsatz der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit zu beachten hat.

Artikel 3

Unbeschadet der Artikel 2 und 4 und des Artikels 5 Absatz 1 gilt diese Richtlinie für alle Waren, auf die sich Artikel 1 Buchstabe a) bezieht, einschließlich der Vergabe von Aufträgen öffentlicher Auftraggeber im Bereich der Verteidigung, mit Ausnahme der Waren, auf die Artikel 223 Absatz 1 Buchstabe b) des Vertrages Anwendung findet.

▼B*Artikel 4*

Diese Richtlinie gilt nicht für öffentliche Lieferaufträge, die anderen Verfahrensregeln unterliegen und vergeben werden aufgrund

- a) eines zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittland oder mehreren Drittländern gemäß dem Vertrag geschlossenen internationalen Abkommens über Lieferungen für ein von den Unterzeichnerstaaten gemeinsam zu verwirklichendes und zu tragendes Objekt; jedes Abkommen wird der Kommission mitgeteilt, die hierzu den Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge anhören kann, der durch den Beschluß 71/306/EWG⁽¹⁾ eingesetzt wurde;
- b) eines in bezug auf Unternehmen eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands in Verbindung mit der Stationierung von Truppen geschlossenen internationalen Abkommens;
- c) des besonderen Verfahrens einer internationalen Organisation.

*Artikel 5***▼M1**

- (1) a) Die Abschnitte II, III und IV sowie die Artikel 6 und 7 finden auf öffentliche Lieferaufträge Anwendung,
 - i) die von den öffentlichen Auftraggebern im Sinne von Artikel 1 Buchstabe b) vergeben werden; hierzu gehören auch die Lieferverträge, die von den in Anhang I bezeichneten öffentlichen Auftraggebern im Verteidigungsbereich vergeben werden, sofern sie sich auf nicht unter Anhang II fallende Waren beziehen, wenn der geschätzte Auftragswert ohne Mehrwertsteuer mindestens dem Gegenwert von 200 000 Sonderziehungsrechten (SZR) in Ecu entspricht;
 - ii) die durch die in Anhang I aufgeführten öffentlichen Auftraggeber vergeben werden und deren geschätzter Auftragswert ohne Mehrwertsteuer mindestens den Gegenwert von 130 000 SZR in Ecu erreicht; bei Auftraggebern im Verteidigungsbereich gilt dies nur für Lieferaufträge betreffend Waren, die durch Anhang II erfaßt sind.
- b) Diese Richtlinie gilt für öffentliche Lieferaufträge, deren geschätzter Wert mindestens den jeweiligen Schwellenwert zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung gemäß Artikel 9 Absatz 2 erreicht.
- c) Der Gegenwert der unter Buchstabe a) festgelegten Schwellenwerte in Ecu und in den Landeswährungen wird grundsätzlich alle zwei Jahre mit Wirkung vom 1. Januar 1996 überprüft. Die Berechnung dieses Gegenwertes beruht auf den durchschnittlichen Tageskursen dieser Währungen in Ecu und denjenigen des Ecu in SZR während der 24 Monate, die am letzten Augusttag enden, der der Überprüfung zum 1. Januar vorausgeht.

Die Berechnungsweise gemäß diesem Buchstaben wird auf Vorschlag der Kommission durch den Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge grundsätzlich zwei Jahre nach ihrer ersten Anwendung überprüft.
- d) Die Schwellenwerte gemäß Buchstabe a) und ihre Gegenwerte in Ecu und in den Landeswährungen werden im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* jeweils Anfang des Monats November veröffentlicht, der auf die in Buchstabe c) Unterabsatz 1 vorgesehene Überprüfung folgt.

▼B

- (2) Bei Leasing, Miete, Pacht oder Ratenkauf ist Berechnungsgrundlage für den voraussichtlichen Vertragswert:
 - bei zeitlich begrenzten Verträgen mit höchstens zwölf Monaten Laufzeit der geschätzte Gesamtwert für die Laufzeit des Vertrages oder, bei einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten, der Gesamtwert einschließlich des geschätzten Restwerts;

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 15. Beschluß geändert durch den Beschluß 77/63/EWG (ABl. Nr. L 13 vom 15. 1. 1977, S. 15).

▼B

— bei unbefristeten Verträgen oder bei zweifelhafter Vertragsdauer folgt der Vertragswert aus der monatlichen Zahlung multipliziert mit 48.

(3) Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen ist die Berechnungsweise für den voraussichtlichen Vertragswert

— entweder der tatsächliche Gesamtwert entsprechender Aufträge für ähnliche Arten von Lieferungen aus den vorangegangenen zwölf Monaten oder dem vorangegangenen Haushaltsjahr, nach Möglichkeit unter Anpassung an voraussichtlichen Änderungen bei Mengen oder Kosten während der auf die erste Lieferung folgenden zwölf Monate,

— oder der geschätzte Gesamtwert während der auf die erste Lieferung folgenden zwölf Monate bzw. während der Laufzeit des Vertrages, soweit diese länger als zwölf Monate ist.

Die Berechnungsgrundlage darf nicht die Absicht verfolgen, die Anwendung dieser Richtlinie zu umgehen.

(4) Kann die beabsichtigte Beschaffung gleichartiger Lieferungen zu Aufträgen führen, die gleichzeitig in Losen vergeben werden, so ist bei der Anwendung der Absätze 1 und 2 der geschätzte Gesamtwert aller dieser Lose zugrunde zu legen.

(5) Sieht der beabsichtigte Lieferauftrag Optionsrechte vor, so ist der voraussichtliche Vertragswert aufgrund des größtmöglichen Umfangs von Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Ratenkauf unter Einbeziehung der Optionsrechte zu berechnen.

(6) Ein Beschaffungsauftrag für eine bestimmte Menge von Lieferungen darf nicht in der Absicht aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Richtlinie zu entziehen.

▼M1

(7) Die öffentlichen Auftraggeber tragen dafür Sorge, daß nicht zwischen den verschiedenen Lieferanten diskriminiert wird.

▼B*Artikel 6*

(1) Für die Vergabe öffentlicher Lieferaufträge wenden die öffentlichen Auftraggeber die in Artikel 1 Buchstaben d), e) und f) genannten Verfahren in den nachstehenden Fällen an.

(2) Die öffentlichen Auftraggeber können Lieferaufträge im Verhandlungsverfahren vergeben, wenn im Rahmen eines offenen oder nicht offenen Verfahrens nicht ordnungsgemäße Angebote oder nur Angebote abgegeben worden sind, die nach den innerstaatlichen, mit Abschnitt IV zu vereinbarenden Vorschriften unannehmbar sind, sofern die ursprünglichen Bedingungen des Auftrags nicht grundlegend geändert werden. Die öffentlichen Auftraggeber veröffentlichen in diesen Fällen eine Vergabebekanntmachung, es sei denn, sie beziehen in das betreffende Verhandlungsverfahren alle Lieferungen ein, die die Kriterien der Artikel 20 bis 24 erfüllen und die im Verlauf des vorangegangenen offenen oder nicht offenen Verfahrens Angebote unterbreitet haben, die den formalen Voraussetzungen für das Angebotsverfahren entsprechen.

(3) Die öffentlichen Auftraggeber können in folgenden Fällen Lieferaufträge im Verhandlungsverfahren ohne vorherige öffentliche Vergabebekanntmachung vergeben:

a) wenn nach Durchführung eines offenen oder nicht offenen Verfahrens keine Angebote bzw. keine geeigneten Angebote abgegeben worden sind, sofern die ursprünglichen Bedingungen des Auftrags nicht grundlegend geändert werden und unter der Voraussetzung, daß der Kommission ein Bericht vorgelegt wird;

b) wenn es sich um Erzeugnisse handelt, die nur zum Zweck von Forschungen, Versuchen, Untersuchungen oder Entwicklungen hergestellt werden, wobei unter diese Bestimmung nicht eine Serienfertigung zum Nachweis der Marktfähigkeit des Produkts oder zur Deckung der Forschungs- und Entwicklungskosten fällt;

c) wenn der Gegenstand der Lieferung wegen seiner technischen oder künstlerischen Besonderheiten oder aufgrund des Schutzes eines

▼B

Ausschließlichkeitsrechts nur von einem bestimmten Lieferanten hergestellt oder geliefert werden kann;

- d) soweit dies unbedingt erforderlich ist, wenn dringliche, zwingende Gründe im Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende öffentliche Auftraggeber nicht voraussehen konnte, es nicht zulassen, die in den offenen, den nicht offenen oder den Verhandlungsverfahren gemäß Absatz 2 vorgeschriebenen Fristen einzuhalten. Die angeführten Umstände zur Begründung der zwingenden Dringlichkeit dürfen auf keinen Fall dem öffentlichen Auftraggeber zuzuschreiben sein;
- e) bei zusätzlichen, vom ursprünglichen Unternehmer durchgeführten Lieferungen, die entweder zur teilweisen Erneuerung von gelieferten Waren oder Einrichtungen oder zur Erweiterung von Lieferungen oder bestehenden Einrichtungen bestimmt sind, wenn ein Wechsel des Unternehmers dazu führen würde, daß der öffentliche Auftraggeber Material unterschiedlicher technischer Merkmale kaufen müßte und dies eine technische Unvereinbarkeit oder unverhältnismäßige technische Schwierigkeiten bei Gebrauch und Wartung mit sich bringen würde. Die Laufzeit dieser Aufträge sowie der Daueraufträge darf in der Regel drei Jahre nicht überschreiten.

(4) In allen anderen Fällen vergibt der öffentliche Auftraggeber seine Lieferaufträge im offenen oder nicht offenen Verfahren.

*Artikel 7***▼M1**

(1) Der öffentliche Auftraggeber teilt innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang eines entsprechenden schriftlichen Antrags den nicht berücksichtigten Bewerbern oder Bieter die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebots und den Bieter, die ein ordnungsgemäßes Angebot eingereicht haben, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots und den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

Der öffentliche Auftraggeber kann jedoch gewisse in Unterabsatz 1 genannte Informationen über die Auftragsvergabe zurückhalten, wenn die Weitergabe den Gesetzesvollzug vereiteln würde oder sonst nicht im öffentlichen Interesse läge oder den berechtigten Geschäftsinteressen öffentlicher oder privater Unternehmen oder dem fairen Wettbewerb unter den Lieferanten schaden würde.

(2) Der öffentliche Auftraggeber teilt den Bewerbern und Bieter so rasch wie möglich die bezüglich der Auftragsvergabe getroffenen Entscheidungen sowie die Gründe mit, aus denen er beschlossen hat, einen Auftrag, für den eine Ausschreibung stattgefunden hat, nicht zu vergeben oder das Verfahren von neuem einzuleiten; auf Antrag teilt er ihnen dies schriftlich mit. Er unterrichtet außerdem das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften von diesen Entscheidungen.

▼B

(3) Die öffentlichen Auftraggeber fertigen einen Vergabevermerk über jeden vergebenen Auftrag, der mindestens folgendes umfaßt:

- Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers, Gegenstand und Wert des Auftrags;
- die Namen der berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Auswahl;
- die Namen der abgelehnten Bewerber oder Bieter und die Gründe für die Ablehnung;
- den Namen des erfolgreichen Bieters und die Gründe für die Auswahl seines Angebots sowie — falls bekannt — den Anteil, den der erfolgreiche Bieter an Dritte weiterzugeben beabsichtigt;
- bei den Verhandlungsverfahren Begründung der in Artikel 6 genannten Umstände, die die Anwendung dieses Verfahrens rechtfertigen.

Dieser Vergabevermerk oder dessen Hauptpunkte werden der Kommission auf Anfrage übermittelt.



ABSCHNITT II

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN AUF TECHNISCHEM GEBIET

Artikel 8

(1) Die technischen Spezifikationen im Sinne von Anhang III sind in den allgemeinen Unterlagen oder in den Vertragsunterlagen für jeden einzelnen Lieferauftrag enthalten.

(2) Die technischen Spezifikationen nach Absatz 1 werden unbeschadet zwingender einzelstaatlicher Vorschriften, sofern diese Vorschriften mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind, von den öffentlichen Auftraggebern unter Bezugnahme auf innerstaatliche Normen, die europäische Normen umsetzen, oder auf europäische technische Zulassungen oder auf gemeinsame technische Spezifikationen festgelegt.

(3) Ein öffentlicher Auftraggeber kann von Absatz 2 abweichen, wenn

- a) die Normen, die europäischen technischen Zulassungen oder die gemeinsamen technischen Spezifikationen keine Bestimmungen zur Feststellung der Übereinstimmung enthalten oder es keine technischen Möglichkeiten gibt, die Übereinstimmung eines Erzeugnisses mit diesen Normen oder diesen europäischen technischen Zulassungen oder diesen gemeinsamen technischen Spezifikationen in zufriedenstellender Weise festzustellen;
- b) die Anwendung von Absatz 2 die Durchführung der Richtlinie 86/361/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die erste Phase der gegenseitigen Anerkennung der Allgemeinzulassungen von Telekommunikations-Endgeräten⁽¹⁾ oder des Beschlusses 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Aufstellung von Normen auf dem Gebiet der Informationstechnologie und der Telekommunikation⁽²⁾ oder anderer Gemeinschaftsinstrumente in bestimmten Dienstleistungs- oder Produktbereichen beeinträchtigen würde;
- c) die Anwendung dieser Normen, dieser europäischen technischen Zulassungen oder dieser gemeinsamen technischen Spezifikationen den öffentlichen Auftraggeber zum Erwerb von Anlagen zwingen würde, die mit bereits benutzten Anlagen inkompatibel sind, oder wenn sie unverhältnismäßig hohe Kosten oder unverhältnismäßige technische Schwierigkeiten verursachen würde, doch nur im Rahmen einer klar definierten und schriftlich festgelegten Strategie mit der Verpflichtung zur Übernahme europäischer Normen, europäischer technischer Zulassungen oder gemeinsamer technischer Spezifikationen innerhalb einer bestimmten Frist;
- d) das betreffende Vorhaben von wirklich innovativer Art ist und die Anwendung bestehender Normen, europäischer technischer Zulassungen oder gemeinsamer technischer Spezifikationen nicht angemessen wäre.

(4) Die öffentlichen Auftraggeber, die Absatz 3 anwenden, geben — wenn dies möglich ist — in der Ausschreibung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* oder in den Verdingungsunterlagen die Gründe dafür an und halten in allen Fällen die Gründe dafür in ihren internen Unterlagen fest, wobei sie diese Information auf Anfrage an die Mitgliedstaaten und die Kommission weitergeben.

(5) Mangels europäischer Normen, europäischer technischer Zulassungen oder gemeinsamer technischer Spezifikationen

- a) werden die technischen Spezifikationen unter Bezugnahme auf die einzelstaatlichen Spezifikationen festgelegt, die anerkanntermaßen den wesentlichen Anforderungen der Gemeinschaftsrichtlinien zur technischen Harmonisierung entsprechen, wobei die Anerkennung der Entsprechung nach den Verfahren dieser Richtlinien und insbesondere nach den in der Richtlinie 89/106/EWG⁽³⁾ vorgesehenen Verfahren erfolgt;
- b) können die technischen Spezifikationen unter Bezugnahme auf die einzelstaatlichen technischen Spezifikationen betreffend die Planung,

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 217 vom 5. 8. 1986, S. 21. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/263/EWG (AbI. Nr. L 128 vom 23. 5. 1991, S. 1)

⁽²⁾ ABl. Nr. L 36 vom 7. 2. 1987, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 40 vom 11. 2. 1989, S. 12.

▼B

Berechnung und Verwirklichung von Bauvorhaben und den Einsatz von Produkten festgelegt werden;

- c) können die technischen Spezifikationen unter Bezugnahme auf sonstige Dokumente festgelegt werden. In einem solchen Fall ist unter Beachtung der nachstehenden Normenrangfolge zurückzugreifen auf
 - i) die innerstaatlichen Normen, mit denen vom Land des Auftraggebers akzeptierte internationale Normen umgesetzt werden;
 - ii) sonstige innerstaatliche Normen und innerstaatliche technische Zulassungen des Landes des Auftraggebers;
 - iii) alle weiteren Normen.

(6) Die Mitgliedstaaten verbieten die Aufnahme von Beschreibungen technischer Merkmale in die Vertragsklauseln für einen bestimmten Auftrag, die Erzeugnisse einer bestimmten Produktion oder Herkunft oder besondere Verfahren erwähnen und zur Wirkung haben, daß bestimmte Lieferanten oder bestimmte Erzeugnisse bevorzugt oder ausgeschlossen werden, es sei denn, dies ist durch den Auftragsgegenstand gerechtfertigt. Verboten ist insbesondere die Angabe von Warenzeichen, Patenten oder Typen sowie die Angabe eines bestimmten Ursprungs oder einer bestimmten Produktion. Eine solche Angabe mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ ist jedoch zulässig, wenn der öffentliche Auftraggeber den Auftragsgegenstand nicht durch hinreichend genaue, allgemein verständliche Bezeichnungen beschreiben kann.

ABSCHNITT III

GEMEINSAME BEKANNTMACHUNGSVORSCHRIFTEN

Artikel 9

(1) Die öffentlichen Auftraggeber veröffentlichen so bald wie möglich nach Beginn ihres jeweiligen Haushaltsjahres eine nicht verbindliche, nach Warenbereichen aufgeschlüsselte Bekanntmachung über alle Beschaffungen, die sie in den folgenden zwölf Monaten durchzuführen beabsichtigen und deren geschätzter Gesamtwert unter Berücksichtigung der Vorschriften des Artikels 5 mindestens 750 000 ECU beträgt.

Die Warenbereiche werden von den Auftraggebern unter Bezugnahme auf Positionen der Nomenklatur „Classification of Products According to Activities (CPA)“ festgelegt. Die Kommission legt die Art und Weise der Bezugnahme in der Bekanntmachung auf bestimmte Positionen der Nomenklatur nach dem in Artikel 32 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren fest.

(2) Die öffentlichen Auftraggeber, die einen Lieferauftrag im Wege eines offenen, eines nicht offenen oder — in den in Artikel 6 Absatz 2 genannten Fällen — eines Verhandlungsverfahrens vergeben wollen, teilen ihre Absicht durch Bekanntmachung mit.

(3) Die öffentlichen Auftraggeber, die einen Auftrag vergeben haben, teilen das Ergebnis in einer Bekanntmachung mit. Gewisse Angaben über die Auftragsvergabe brauchen jedoch in bestimmten Fällen nicht veröffentlicht zu werden, wenn die Bekanntmachung dieser Angaben den Gesetzesvollzug behindern, dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, die legitimen geschäftlichen Interessen einzelner öffentlicher oder privater Unternehmen berühren oder den lautereren Wettbewerb zwischen den Lieferanten beeinträchtigen würde.

(4) Die Bekanntmachungen werden nach den in Anhang IV enthaltenen Maßnahmen erstellt; in ihnen sind die dort verlangten Auskünfte anzugeben. Die öffentlichen Auftraggeber dürfen ausschließlich die in den Artikeln 22 und 23 vorgesehenen Anforderungen stellen, wenn sie Auskünfte über die wirtschaftlichen und technischen Anforderungen an die Lieferanten im Hinblick auf deren Auswahl verlangen (Anhang IV, Abschnitt B Nummer 11, Anhang IV, Abschnitt C Nummer 9, und Anhang IV, Abschnitt D Nummer 8).

(5) Die öffentlichen Auftraggeber übermitteln die Bekanntmachungen binnen kürzester Frist und in geeignetster Weise dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Im Fall des in Artikel 12 vorgesehenen beschleunigten Verfahrens werden die Bekanntmachungen mittels Fernschreiben, Telegramm oder Fernkopierer übermittelt.

Die in Absatz 1 vorgesehene Bekanntmachung wird so bald wie möglich nach Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres übermittelt.

▼B

Die in Absatz 3 vorgesehene Bekanntmachung wird spätestens 48 Tage nach Vergabe des jeweiligen Auftrags übermittelt.

(6) Die in den Absätzen 1 und 3 erwähnten Bekanntmachungen werden in vollem Umfang im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* und in der Datenbank TED in den Amtssprachen der Gemeinschaften veröffentlicht, wobei nur der Wortlaut in der Originalsprache verbindlich ist.

(7) Die in Absatz 2 erwähnten Bekanntmachungen werden ungekürzt im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* und in der Datenbank TED in ihren Originalsprachen veröffentlicht. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Elemente aller Bekanntmachungen wird in den anderen Amtssprachen der Gemeinschaften veröffentlicht, wobei nur der Wortlaut in der Originalsprache verbindlich ist.

(8) Das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht die Bekanntmachungen spätestens zwölf Tage nach der Absendung, im Fall des beschleunigten Verfahrens gemäß Artikel 12 spätestens fünf Tage nach der Absendung.

(9) Die Bekanntmachung darf in den Amtsblättern oder in der Presse des Landes des öffentlichen Auftraggebers nicht vor dem Tag der Absendung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden; bei der Veröffentlichung ist dieser Zeitpunkt anzugeben. Die Veröffentlichung darf nur die im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlichten Angaben enthalten.

(10) Der öffentliche Auftraggeber muß den Tag der Absendung nachweisen können.

(11) Die Kosten der Veröffentlichung der Bekanntmachungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* werden von den Gemeinschaften getragen. Der Wortlaut der Bekanntmachungen darf eine Seite des Amtsblatts, d. h. etwa 650 Wörter, nicht überschreiten. In jeder Nummer des Amtsblatts, das eine oder mehrere Bekanntmachungen enthält, ist (sind) auch das (die) Muster aufgeführt, auf das (die) sich die veröffentlichte(n) Bekanntmachung(en) bezieht (beziehen).

Artikel 10

(1) Bei den offenen Verfahren beträgt die von den öffentlichen Auftraggebern festzusetzende Frist für den Eingang der Angebote mindestens 52 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der Bekanntmachung an.

▼MI

(1a) Die in Absatz 1 vorgesehene Frist für den Eingang der Angebote kann durch eine Frist ersetzt werden, die so lang ist, daß die Interessenten ordnungsgemäße Angebote einreichen können, und die generell mindestens 36 Tage, auf jeden Fall aber mindestens 22 Tage vom Zeitpunkt der Absendung der Bekanntmachung des Auftrags an betragen muß; dies gilt, sofern die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 9 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* die in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A (Vorinformation) an das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* abgesandt haben und diese Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster einer Bekanntmachung in Anhang IV Teil B (offenes Verfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung vorliegen.

▼B

(2) Sind die Verdingungsunterlagen und die zusätzlichen Unterlagen rechtzeitig angefordert worden, so müssen die öffentlichen Auftraggeber oder die zuständigen Stellen den Lieferanten die genannten Unterlagen innerhalb von sechs Tagen nach Eingang des Antrags zusenden.

(3) Die öffentlichen Auftraggeber müssen rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Verdingungsunterlagen spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote erteilen.

(4) Können die Verdingungsunterlagen und die zusätzlichen Unterlagen oder Auskünfte wegen ihres großen Umfangs nicht innerhalb der in den Absätzen 2 und 3 festgesetzten Fristen zugesandt bzw. erteilt werden oder können die Angebote nur nach einer Ortsbesichtigung oder Einsichtnahme an Ort und Stelle in Anlagen zu den Verdingungsunterlagen erstellt werden, so ist die in Absatz 1 vorgesehene Frist entsprechend zu verlängern.

▼B*Artikel 11*

(1) Bei den nicht offenen Verfahren und den Verhandlungsverfahren im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 beträgt die von den öffentlichen Auftraggebern festzusetzende Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme mindestens 37 Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der Bekanntmachung an.

(2) Die öffentlichen Auftraggeber fordern die ausgewählten Bewerber gleichzeitig schriftlich auf, ihre Angebote einzureichen. Dem Aufforderungsschreiben sind die Verdingungsunterlagen und die zusätzlichen Unterlagen beigelegt. Die Aufforderung umfaßt mindestens:

- a) gegebenenfalls die Anschrift der Stelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzlichen Unterlagen angefordert werden können, sowie die Angabe der Frist, bis zu der sie angefordert werden können; außerdem sind der Betrag und die Bedingungen für die Zahlung des Betrags anzugeben, der gegebenenfalls für die genannten Unterlagen zu entrichten ist;
- b) die Frist für den Eingang der Angebote, die Anschrift, an die sie zu senden sind, und die Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen;
- c) einen Hinweis auf die Veröffentlichung der Bekanntmachung;
- d) die Bezeichnung der gegebenenfalls beizufügenden Unterlagen entweder zur Unterstützung der vom Bewerber gemäß Artikel 9 Absatz 4 abgegebenen nachprüfaren Erklärungen oder als Ergänzung der in dem genannten Artikel vorgesehenen Auskünfte, wobei keine anderen als die in den Artikeln 22 und 23 genannten Anforderungen gestellt werden dürfen;
- e) die Kriterien für die Auftragsvergabe, sofern sie nicht in der Bekanntmachung enthalten sind.

(3) Bei den nicht offenen Verfahren beträgt die von den öffentlichen Auftraggebern festzusetzende Frist für den Eingang der Angebote mindestens vierzig Tage, gerechnet vom Tag der Absendung der schriftlichen Aufforderung an.

▼M1

(3a) Die in Absatz 3 vorgesehene Frist für den Eingang der Angebote kann auf 26 Tage verkürzt werden, sofern die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 9 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* die in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A (Vorinformation) an das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* abgesandt haben und diese Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster in Anhang IV Teil C (nicht offenes Verfahren) oder gegebenenfalls wie das Muster in Anhang IV Teil D (Verhandlungsverfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung vorliegen.

▼B

(4) Die Anträge auf Teilnahme an den Verfahren zur Auftragsvergabe können durch Brief, Telegramm, Fernsehen, Fernkopierer oder Telefon übermittelt werden. Bei Übermittlung auf den vier letztgenannten Wegen sind sie durch ein vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist abzuschickendes Schreiben zu bestätigen.

(5) Die öffentlichen Auftraggeber müssen rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Verdingungsunterlagen spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote erteilen.

(6) Können die Angebote nur nach einer Ortsbesichtigung oder Einsichtnahme an Ort und Stelle in Anlagen zu den Verdingungsunterlagen erstellt werden, so ist die in Absatz 3 vorgesehene Frist entsprechend zu verlängern.

Artikel 12

(1) Können die in Artikel 11 vorgesehenen Fristen aus Gründen der Dringlichkeit nicht eingehalten werden, so können die öffentlichen Auftraggeber die folgenden Fristen festsetzen:

- a) eine Frist für den Eingang des Antrags auf Teilnahme, die, gerechnet vom Tag der Absendung der Bekanntmachung an, mindestens fünfzehn Tage betragen muß;

▼B

- b) eine Frist für den Eingang der Angebote, die, gerechnet vom Tag der Absendung der Aufforderung an, mindestens zehn Tage betragen muß.
- (2) Die öffentlichen Auftraggeber müssen rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Verdingungsunterlagen spätestens vier Tage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote erteilen.
- (3) Die Anträge auf Teilnahme sowie die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden auf dem schnellstmöglichen Weg übermittelt. Werden die Anträge auf Teilnahme durch Telegramm, Fernschreiben, Fernkopierer oder per Telefon übermittelt, so sind sie durch ein vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist abzuschickendes Schreiben zu bestätigen.

Artikel 13

Die öffentlichen Auftraggeber können im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Hinweise auf die Vergabe von öffentlichen Lieferaufträgen veröffentlichen, die nicht der Veröffentlichungspflicht nach dieser Richtlinie unterliegen.

Artikel 14

Die Bestimmungen über die Erstellung, die Übermittlung, den Empfang, die Übersetzung, die Zusammenfassung und die Verteilung der in Artikel 9 genannten Bekanntmachungen und der in Artikel 31 genannten statistischen Berichte sowie die in Artikel 9 und in den Anhängen II und IV genannte Nomenklatur können nach dem in Artikel 32 Absatz 2 festgelegten Verfahren geändert werden. Die Bedingungen der Bezugnahme in den Bekanntmachungen auf bestimmte Positionen der Nomenklatur können nach demselben Verfahren festgelegt werden.

ABSCHNITT IV

Kapitel 1

Gemeinsame Teilnahmebestimmungen*Artikel 15*

- (1) Der Zuschlag des Auftrags erfolgt aufgrund der in Kapitel 3 dieses Abschnitts vorgesehenen Kriterien unter Berücksichtigung des Artikels 16, nachdem die öffentlichen Auftraggeber die fachliche Eignung der Lieferanten, die nicht aufgrund von Artikel 20 ausgeschlossen worden sind, nach den in den Artikeln 22, 23, und 24 genannten Kriterien der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit geprüft haben.
- (2) Der öffentliche Auftraggeber muß den vertraulichen Charakter aller von den Lieferanten gemachten Angaben wahren.

▼MI

- (3) Die Angebote werden schriftlich auf direktem Wege oder mit der Post übermittelt. Die Mitgliedstaaten können zulassen, daß die Angebote auf andere Weise übermittelt werden, sofern gewährleistet ist, daß
- jedes Angebot alle für seine Bewertung erforderlichen Angaben enthält;
 - die Vertraulichkeit der Angebote bis zu ihrer Bewertung gewahrt bleibt;
 - die Angebote umgehend schriftlich oder durch Übermittlung einer beglaubigten Abschrift bestätigt werden, soweit dies aus Gründen des rechtlichen Nachweises erforderlich ist;
 - die Öffnung der Angebote nach Ablauf der für ihre Einreichung festgelegten Frist erfolgt.

▼B*Artikel 16*

- (1) Bei Aufträgen, die nach dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots vergeben werden sollen, können die öffentlichen Auftraggeber von Bieter vorgelegte Änderungsvorschläge berücksichtigen, wenn diese den vom öffentlichen Auftraggeber festgelegten Mindestanforderungen entsprechen.

▼B

Die öffentlichen Auftraggeber erläutern in den Verdingungsunterlagen die Mindestanforderungen, die Änderungsvorschläge erfüllen müssen, und bezeichnen, in welcher Art und Weise sie eingereicht werden können. Die geben in der Bekanntmachung an, ob Änderungsvorschläge nicht zugelassen werden.

Die öffentlichen Auftraggeber dürfen einen vorgelegten Änderungsvorschlag nicht allein deshalb zurückweisen, weil darin technische Spezifikationen verwendet werden, die unter Bezugnahme auf einzelstaatliche Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, auf europäische technische Spezifikation im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 oder aber auf einzelstaatliche technische Spezifikationen im Sinne von Artikel 8 Absatz 5 Buchstaben a) und b) festgelegt wurden.

(2) Öffentliche Auftraggeber, die Änderungsvorschläge nach Absatz 1 zugelassen haben, dürfen einen vorgelegten Änderungsvorschlag nicht allein deshalb zurückweisen, weil er, wenn er den Zuschlag erhalten soll, zu einem Dienstleistungsauftrag und nicht zu einem Lieferauftrag im Sinne dieser Richtlinie führen würde.

Artikel 17

In den Verdingungsunterlagen kann der öffentliche Auftraggeber den Bieter auffordern, ihm in seinem Angebot den Teil des Auftrags bekanntzugeben, den der Bieter gegebenenfalls im Wege von Unteraufträgen an Dritte zu vergeben gedenkt.

Die Bekanntgabe berührt nicht die Frage der Haftung des Hauptauftragnehmers.

Artikel 18

Bietergemeinschaften können Angebote einreichen. Von solchen kann nicht verlangt werden, daß sie zwecks Einreichung des Angebots eine bestimmte Rechtsform annehmen; dies kann jedoch verlangt werden, wenn ihnen der Zuschlag erteilt worden ist, sofern es für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags notwendig ist.

Artikel 19

(1) Bei den nicht offenen Verfahren oder den Verhandlungsverfahren wählt der öffentliche Auftraggeber anhand der erteilten Auskünfte über die Lage des Lieferanten sowie anhand der Auskünfte und Formalitäten, die zur Beurteilung der von diesem zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die in den Artikeln 20 bis 24 vorgesehenen Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung auffordert.

(2) Vergeben die öffentlichen Auftraggeber einen Auftrag im nicht offenen Verfahren, so können sie die Marge bestimmen, innerhalb deren die Zahl der zur Angebotsabgabe aufgeforderten Lieferanten liegen wird. In einem solchen Fall wird die Marge in der Bekanntmachung angegeben. Die Marge wird nach der Art der auszuführenden Lieferung bestimmt. Die niedrigste Zahl der Marge darf nicht unter fünf liegen. Die höchste Zahl der Marge kann auf 20 festgesetzt werden.

Auf jeden Fall muß die Zahl der Bewerber, die zum Bieten zugelassen werden, ausreichen, um einen echten Wettbewerb zu gewährleisten.

(3) Vergeben die öffentlichen Auftraggeber einen Auftrag im Verhandlungsverfahren gemäß Artikel 6 Absatz 2, so darf bei einer hinreichenden Anzahl geeigneter Bewerber die Zahl der zur Verhandlung zugelassenen Bewerber nicht unter drei liegen.

(4) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, daß die öffentlichen Auftraggeber Lieferanten der anderen Mitgliedstaaten, die die gestellten Anforderungen erfüllen, ohne Diskriminierung unter den gleichen Bedingungen hinzuziehen wie Inländer.



Kapitel 2

Eignungskriterien

Artikel 20

- (1) Von der Teilnahme am Vergabeverfahren können Lieferanten ausgeschlossen werden,
- a) die sich im Konkursverfahren, im gerichtlichen Vergleichsverfahren oder in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahren eingeleitet worden sind;
 - b) gegen die ein Konkursverfahren oder ein gerichtliches Vergleichsverfahren eröffnet wurde oder gegen die andere in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehene gleichartige Verfahren eingeleitet worden sind;
 - c) die aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden sind, die ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellen;
 - d) die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen haben, die vom öffentlichen Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde;
 - e) die ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, oder nach den Rechtsvorschriften des Landes des öffentlichen Auftraggebers nicht erfüllt haben;
 - f) die ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, oder nach den Rechtsvorschriften des Landes des öffentlichen Auftraggebers nicht erfüllt haben;
 - g) die sich bei der Erteilung von Auskünften, die gemäß diesem Kapitel eingeholt werden können, in erheblichem Maße falscher Erklärungen schuldig gemacht haben.
- (2) Verlangt der öffentliche Auftraggeber vom Lieferanten den Nachweis, daß die in Absatz 1 unter den Buchstaben a), b), c), e) oder f) genannten Fälle auf ihn nicht zutreffen, so akzeptiert er als ausreichenden Nachweis:
- im Fall der Buchstaben a), b) oder c) einen Auszug aus dem gerichtlichen Register oder — in Ermangelung eines solchen — eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslands, aus der hervorgeht, daß diese Anforderungen erfüllt sind;
 - im Fall des Buchstabens e) oder f) eine von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung.
- (3) Wird eine Bescheinigung nach Absatz 2 von dem betreffenden Land nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle in Absatz 1 unter den Buchstaben a), b) oder c) vorgesehenen Fälle erwähnt, so kann sie durch eine eidesstattliche Erklärung oder in den Mitgliedstaaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt, durch eine feierliche Erklärung ersetzt werden, die der betreffende Lieferant vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dafür zuständigen Berufsorganisation des Ursprungs- oder Herkunftslands abgibt.
- (4) Die Mitgliedstaaten bezeichnen die für die Ausstellung der Bescheinigung nach den Absätzen 2 und 3 zuständigen Behörden und Stellen und unterrichten davon unverzüglich die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission.

Artikel 21

- (1) Lieferanten, die sich an öffentlichen Lieferaufträgen beteiligen wollen, können aufgefordert werden nachzuweisen, daß sie in dem in Absatz 2 genannten Berufs- oder Handelsregister ihres Herkunftslands vorschriftsmäßig eingetragen sind, bzw. die dort vorgesehene Bescheinigung oder eidesstattliche Erklärung vorzulegen.

▼B

(2) Die einschlägigen Berufs- oder Handelsregister, Bescheinigungen oder Erklärungen sind:

- für Belgien: „Registre du commerce“ — „Handelsregister“;
- für Dänemark: „Aktieselskabsregistret“, „Foreningsregistret“ und „Handelsregistret“;
- für Deutschland: „Handelsregister“ und „Handwerksrolle“;
- für Griechenland: „Βιοτεχνικό ή Βιομηχανικό ή Εμπορικό Επιμελητήριο“;
- für Spanien: „Registro Mercantil“ oder im Fall nicht eingetragener Einzelpersonen eine Bescheinigung, daß diese eidesstattlich erklärt haben, den betreffenden Beruf auszuüben;
- für Frankreich: „Registre du commerce“ und „Répertoire des métiers“;
- für Italien: „Registro della Camera di commercio, industria, agricoltura e artigianato“ und „Registro delle Commissioni provinciali per l'artigianato“;
- für Luxemburg: „Registre aux firmes“ und „Rôle de la Chambre des métiers“;
- für die Niederlande: „Handelsregister“;

▼A1

- für Österreich das „Firmenbuch“, das „Gewerberegister“, die „Mitgliederverzeichnisse der Landeskammern“,

▼B

- für Portugal: „Registo Nacional das Pessoas Colectivas“;

▼A1

- für Finnland das „Kaupparekisteri“, „Handelsregistret“,
- für Schweden die „aktiebolags-, handels- eller föreningsregistren“.

▼B

- im Fall des Vereinigten Königreichs und Irlands kann der Unternehmer aufgefordert werden, eine Bescheinigung des „Registrar of Companies“ oder des „Registrar of Friendly Societies“ vorzulegen, aus der hervorgeht, daß die Lieferfirma „incorporated“ oder „registered“ ist, oder anderenfalls eine Bescheinigung über die von dem Betroffenen abgegebene eidesstattliche Erklärung, daß er den betreffenden Beruf in dem Lande, in dem er niedergelassen ist, an einem bestimmten Ort und unter einer bestimmten Firma ausübt.

Artikel 22

(1) Die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Lieferanten kann in der Regel durch einen oder mehrere der nachstehenden Nachweise nachgewiesen werden:

- a) entsprechende Bankerklärungen;
- b) Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen des Lieferanten, falls deren Veröffentlichung nach dem Recht des Landes, in dem der Lieferant ansässig ist, vorgeschrieben ist;
- c) Erklärung über den Gesamtumsatz des Lieferanten und seinen Umsatz bei der Lieferung von Erzeugnissen, die Gegenstand der Ausschreibung sind, in den letzten drei Geschäftsjahren.

(2) Die öffentlichen Auftraggeber geben in der Bekanntmachung oder in der Aufforderung zur Angebotsabgabe an, für welchen oder welche der in Absatz 1 genannten Nachweise sie sich entschieden haben sowie welche anderen als die in Absatz 1 genannten Nachweise beizubringen sind.

(3) Kann ein Lieferant aus stichhaltigen Gründen die vom öffentlichen Auftraggeber geforderten Nachweise nicht beibringen, so kann er den Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom öffentlichen Auftraggeber für geeignet erachteter Belege erbringen.

▼B

Artikel 23

(1) Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit des Lieferanten kann je nach Art, Menge und Verwendungszweck der zu liefernden Erzeugnisse wie folgt erbracht werden:

- a) durch eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Lieferungen mit Angabe des Rechnungswerts, des Lieferzeitpunkts sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber:
 - bei Lieferungen an öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung;
 - bei Lieferungen an private Auftraggeber durch eine vom Käufer ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Lieferanten zulässig;
- b) durch die Beschreibung der technischen Ausrüstung des Lieferanten, seiner Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung und seiner Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten;
- c) durch Angabe über die technische Leitung oder die technischen Stellen, unabhängig davon, ob sie dem Lieferanten angeschlossen sind oder nicht, und zwar insbesondere über diejenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind;
- d) durch Muster, Beschreibungen und/oder Fotografien der zu liefernden Erzeugnisse, wobei die Echtheit auf Antrag des öffentlichen Auftraggebers nachweisbar sein muß;
- e) durch Bescheinigungen, die von als zuständig anerkannten amtlichen Qualitätskontrollinstituten oder -dienststellen ausgestellt wurden und in denen bestätigt wird, daß durch entsprechende Bezugnahmen genau gekennzeichnete Erzeugnisse bestimmten Spezifikationen oder Normen entsprechen;
- f) sind die zu liefernden Erzeugnisse komplexer Art oder sollen sie ausnahmsweise einem besonderen Zweck dienen, durch eine Kontrolle, die von dem öffentlichen Auftraggeber oder in dessen Namen von einer damit einverstandenen zuständigen amtlichen Stelle des Landes durchgeführt wird, in dem der Lieferant ansässig ist; diese Kontrolle betrifft die Produktionskapazitäten und erforderlichenfalls die Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Lieferanten sowie die von diesem zur Gewährleistung der Qualität getroffenen Vorkehrungen.

(2) Der öffentliche Auftraggeber gibt in der Bekanntmachung oder in der Aufforderung zur Angebotsabgabe an, welche Nachweise vorzulegen sind.

(3) Die in Artikel 22 und in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels vorgesehenen Informationen dürfen nur insoweit gefordert werden, wie es durch den Gegenstand des Auftrags gerechtfertigt ist; dabei muß der öffentliche Auftraggeber die berechtigten Interessen des Lieferanten am Schutz seiner technischen oder handelsbezogenen Betriebsgeheimnisse berücksichtigen.

Artikel 24

Der öffentliche Auftraggeber kann die Lieferanten im Rahmen der Artikel 20 bis 23 auffordern, die vorgelegten Nachweise zu vervollständigen oder zu erläutern.

Artikel 25

(1) Die Mitgliedstaaten, die amtliche Listen der für öffentliche Lieferungen zugelassenen Lieferanten führen, müssen die Listen dem Artikel 20 Absatz 1 Buchstaben a) bis d) und g) sowie den Artikeln 21, 22 und 23 anpassen.

(2) Lieferanten, die in solchen Listen eingetragen sind, können dem öffentlichen Auftraggeber bei jeder Vergabe eine Bescheinigung der zuständigen Stelle über die Eintragung vorlegen. In dieser Bescheinigung sind die Nachweise, aufgrund deren die Eintragung in die Liste erfolgt ist, sowie die sich aus der Liste ergebende Klassifizierung zu erwähnen.

▼B

(3) Die von den zuständigen Stellen bescheinigte Aufnahme in solche Listen stellt für die öffentlichen Auftraggeber der anderen Mitgliedstaaten nur im Sinne des Artikels 20 Absatz 1 Buchstaben a) bis d) und g), des Artikels 21, des Artikels 22 Absatz 1 Buchstaben b) und c) sowie des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe a) eine Vermutung dar, daß der betreffende Lieferant für die seiner Klassifizierung entsprechenden Arbeiten geeignet ist.

Die Angaben, die den amtlichen Listen zu entnehmen sind, können nicht in Zweifel gezogen werden. Hinsichtlich der Zahlung der Sozialbeiträge kann bei jeder Vergabe von jedem in die Liste eingetragenen Lieferanten eine zusätzliche Bescheinigung verlangt werden.

Die öffentlichen Auftraggeber der anderen Mitgliedstaaten wenden die Unterabsätze 1 und 2 nur zugunsten von Lieferanten an, die in dem Lande ansässig sind, in dem eine amtliche Liste geführt wird.

(4) Für die Aufnahme von Lieferanten der anderen Mitgliedstaaten in eine amtliche Liste können nur die für inländische Lieferanten vorgesehenen Nachweise gefordert werden, in jedem Fall jedoch lediglich diejenigen, die in den Artikeln 20 bis 23 vorgesehen sind.

(5) Diejenigen Mitgliedstaaten, die eine amtliche Liste führen, sind verpflichtet, den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission die Anschrift der Stelle mitzuteilen, bei der die Aufnahme in die Listen beantragt werden kann; die Kommission sorgt für die Verbreitung.

Kapitel 3

Zuschlagskriterien

Artikel 26

(1) Bei der Erteilung des Zuschlags wendet der öffentliche Auftraggeber folgende Kriterien an:

- a) entweder ausschließlich das Kriterium des niedrigsten Preises
- b) oder — wenn der Zuschlag auf das wirtschaftlich günstigste Angebot erfolgt — verschiedene Kriterien, die je nach Auftrag wechseln, z. B. den Preis, die Lieferfrist, die Betriebskosten, die Rentabilität, die Qualität, die Ästhetik, die Zweckmäßigkeit, den technischen Wert, den Kundendienst und die technische Hilfe.

(2) In dem in Absatz 1 Buchstabe b) genannten Fall gibt der öffentliche Auftraggeber in den Verdingungsunterlagen oder in der Bekanntmachung alle Zuschlagskriterien, deren Verwendung er vorsieht, soweit wie möglich in der Reihenfolge der ihnen zuerkannten Bedeutung an.

Artikel 27

Scheinen im Fall eines bestimmten Auftrages Angebote im Verhältnis zur Leistung ungewöhnlich niedrig zu sein, so muß der öffentliche Auftraggeber vor der Ablehnung dieser Angebote schriftlich Aufklärung über die Einzelposten des Angebots verlangen, wo er dies für angezeigt hält; die anschließende Prüfung erfolgt unter Berücksichtigung der eingegangenen Erläuterungen.

Der öffentliche Auftraggeber kann Erläuterungen in bezug auf die Wirtschaftlichkeit des gewählten Fertigungsverfahrens, die technischen Lösungen, außergewöhnlich günstige Bedingungen, über die der Bieter bei der Erbringung der Lieferung verfügt, oder die Originalität der Leistung des Bieters anerkennen.

Wenn die Auftragsunterlagen den Zuschlag auf das niedrigste Angebot vorsehen, muß der öffentliche Auftraggeber der Kommission die Ablehnung von als zu niedrig erachteten Angeboten mitteilen.

▼B

TITEL V

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 28

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die in Anhang I genannten öffentlichen Auftraggeber und, soweit Berichtigungen oder Änderungen des Anhangs I vorgenommen worden sind, durch deren Nachfolgestellen wenden die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Beziehungen Bedingungen an, die ebenso günstig sind wie diejenigen, die sie gemäß dem GATT-Übereinkommen Drittländern einräumen, und zwar insbesondere die Bedingungen der Artikel V und VI des Übereinkommens über das nicht offene Verfahren, die Information und die Prüfung. Zu diesem Zweck konsultieren die Mitgliedstaaten einander im Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge über die Maßnahmen, die aufgrund des Übereinkommens zu treffen sind.

▼M1*Artikel 29*

(1) Die Kommission prüft im Benehmen mit dem Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge die Anwendung dieser Richtlinie und legt dem Rat gegebenenfalls neue Vorschläge vor, die im besonderen auf eine Harmonisierung der Maßnahmen abzielen, die die Mitgliedstaaten zur Durchführung dieser Richtlinie getroffen haben.

(2) Die Kommission überprüft diese Richtlinie sowie die neuen Maßnahmen, die gegebenenfalls gemäß Absatz 1 beschlossen werden, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Neuverhandlungen nach Artikel XXIV Absatz 7 des im Rahmen der multilateralen Verhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (nachstehend „Beschaffungsabkommen“ genannt)⁽¹⁾ und unterbreitet dem Rat gegebenenfalls entsprechende Vorschläge.

(3) Die Kommission bringt Anhang I nach Maßgabe der erfolgten Berichtigungen oder Änderungen nach dem Verfahren des Artikels 32 Absatz 2 jeweils auf den letzten Stand und sorgt für die Veröffentlichung der geänderten Fassung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*.

▼B*Artikel 30*

Die Berechnung von Fristen erfolgt nach der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine⁽²⁾.

▼M1*Artikel 31*

(1) Um eine Einschätzung der Ergebnisse der Anwendung dieser Richtlinie zu ermöglichen, übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 31. Oktober 1996 und im Fall der öffentlichen Auftraggeber, die nicht auf der Liste in Anhang I stehen, bis zum 31. Oktober 1997 und danach jährlich bis zum 31. Oktober eine statistische Aufstellung über die im Vorjahr von den öffentlichen Auftraggebern vergebenen Lieferaufträge.

(2) Die statistische Aufstellung enthält mindestens folgende Angaben:

- a) für öffentliche Auftraggeber des Anhangs I:
 - für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber den geschätzten Gesamtwert der Aufträge unterhalb der Schwellenwerte;
 - für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber Anzahl und Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, so weit wie möglich aufgeschlüsselt nach Verfahren, Warenbereichen entsprechend der Nomenklatur des Artikels 9 Absatz 1 und Nationalität des Lieferanten, der den Zuschlag erhalten hat, bei Verhandlungsverfahren aufgeschlüsselt nach Artikel 6, mit Angaben über Anzahl

⁽¹⁾ Beschluß 94/800/EG des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Abschluß der Übereinkünfte im Rahmen der multilateralen Verhandlungen der Uruguay-Runde (1986—1994) im Namen der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf die in ihre Zuständigkeiten fallenden Bereiche (ABl. L 336 vom 23. 12. 1994, S. 1).

⁽²⁾ ABl. Nr. L 124 vom 8. 6. 1971, S. 1.

▼M1

und Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und in Drittländer vergeben wurden;

- b) für die anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne dieser Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über Anzahl und Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, so weit wie möglich aufgeschlüsselt nach Verfahren, Warenbereichen entsprechend der Nomenklatur des Artikels 9 Absatz 1 und Nationalität des Lieferanten, der den Zuschlag erhalten hat, aufgeschlüsselt nach Artikel 6, mit Angaben über Anzahl und Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und in Drittländer vergeben wurden;
- c) für die öffentlichen Auftraggeber des Anhangs I Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über Anzahl und Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden; für die anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne dieser Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über den Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden;
- d) sonstige nach dem Verfahren des Artikels 32 Absatz 2 festgelegte statistische Angaben, die im Einklang mit dem Beschaffungsübereinkommen verlangt werden.
- (3) Die Kommission legt die Art der statistischen Informationen, die in dieser Richtlinie verlangt werden, nach dem Verfahren des Artikels 32 Absatz 2 fest.

▼B*Artikel 32*

(1) Die Kommission wird von dem durch den Beschluß 71/306/EWG eingesetzten Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge unterstützt.

(2) Wird auf das Verfahren dieses Absatzes Bezug genommen, so unterbreitet der Vertreter der Kommission dem Ausschuß einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß gibt — gegebenenfalls aufgrund einer Abstimmung — seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der betreffenden Frage festsetzen kann.

Die Stellungnahme wird in das Protokoll aufgenommen; darüber hinaus hat jeder Mitgliedstaat das Recht zu verlangen, daß sein Standpunkt im Protokoll festgehalten wird.

Die Kommission berücksichtigt soweit wie möglich die Stellungnahme des Ausschusses. Sie unterrichtet den Ausschuß darüber, inwieweit sie seine Stellungnahme berücksichtigt hat.

(3) Der in Absatz 1 genannte Ausschuß prüft auf Veranlassung der Kommission oder auf Antrag eines Mitgliedstaats Fragen, die sich bei der Anwendung dieser Richtlinie ergeben.

Artikel 33

Die Richtlinie 77/62/EWG⁽¹⁾ wird aufgehoben, unbeschadet der Pflichten der Mitgliedstaaten hinsichtlich der in Anhang V genannten Umsetzungs- und Anwendungspflichten.

Bezugnahmen auf die aufgehobene Richtlinie gelten als Bezugnahmen auf die vorliegende Richtlinie und sind nach Maßgabe der Entsprechungstabelle in Anhang VI zu lesen.

Artikel 34

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie vor dem 14. Juni 1994 nachzukommen. Sie unterrichten die Kommission unverzüglich davon.

(¹) Einschließlich Änderungsvorschriften:

- Richtlinie 80/767/EWG (ABl. Nr. L 215 vom 18. 8. 1980, S. 1);
- Richtlinie 88/295/EWG (ABl. Nr. L 127 vom 20. 5. 1988, S. 1);
- Artikel 35 Absatz 1 der Richtlinie 90/531/EWG (ABl. Nr. L 297 vom 29. 10. 1990, S. 1);
- Artikel 42 Absatz 1 der Richtlinie 92/50/EWG (ABl. Nr. L 209 vom 24. 7. 1992, S. 1).

▼B

Wenn die Mitgliedstaaten Vorschriften nach Unterabsatz 1 erlassen, nehmen sie in diesen selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 35

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

▼M1

ANHANG I

**VERZEICHNIS DER ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBER IM SINNE DES
ÜBEREINKOMMENS ÜBER DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN
GEMÄSS DESSEN ANHANG I
(ZENTRALE REGIERUNGSBEHÖRDEN)**

BELGIEN

- A. — L'État Fédéral:
- Services du Premier ministre
 - Ministère des affaires économiques
 - Ministère des affaires étrangères, du commerce extérieur et de la coopération au développement
 - Ministère de l'agriculture
 - Ministère des classes moyennes
 - Ministère des communications et de l'infrastructure
 - Ministère de la défense nationale⁽¹⁾
 - Ministère de l'emploi et du travail
 - Ministère des finances
 - Ministère de l'intérieur et de la fonction publique
 - Ministère de la justice
 - Ministère de la santé publique et de l'environnement
 - la Poste⁽²⁾
 - la Régie des bâtiments
 - le Fonds des routes
- B. — L'Office national de sécurité sociale
- L'Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants
 - L'Institut national d'assurance maladie-invalidité
 - L'Office national des pensions
 - La Caisse auxiliaire d'assurance maladie-invalidité
 - Le Fonds des maladies professionnelles
 - L'Office national de l'emploi

⁽¹⁾ Material außer Kriegsmaterial gemäß Anhang II.

⁽²⁾ Im Gesetz vom 24. Dezember 1993 genannte Tätigkeiten im Bereich des Postwesens.

▼M1

DÄNEMARK

1. Folketinget	— Rigsrevisionen
2. Statsministeriet	
3. Udenrigsministeriet	— 2 departementer
4. Arbejdsministeriet	— 5 styrelser og institutioner
5. Boligministeriet	— 7 styrelser og institutioner
6. Erhvervsministeriet	— 7 styrelser og institutioner
7. Finansministeriet	— 3 styrelser og institutioner
8. Forskningsministeriet	— 1 styrelse
9. Forsvarsministeriet ⁽¹⁾	— adskillige institutioner
10. Indenrigsministeriet	— 2 styrelser
11. Justitsministeriet	— 2 direktorater og adskillige politimynderheder og domstole
12. Kirkeministeriet	— 10 stiftsøvrigheder
13. Kulturministeriet	— 3 institutioner samt adskillige statsejede museer og højere uddannelsesinstitutioner
14. Landbrugs- og fiskeriministeriet	— 23 direktorater og institutioner
15. Miljø- og energiministeriet	— 6 styrelser og Forsøgsanlægget Risø
16. Skatteministeriet	— 1 styrelse
17. Socialministeriet	— 4 styrelser og institutioner
18. Sundhedsministeriet	— Adskillige institutioner inklusive Statens Seruminstitut
19. Trafikministeriet	— 12 styrelser og institutioner
20. Undervisningsministeriet	— 6 direktorater samt 12 universiteter og andre højere læreanstalter
21. Økonomiministeriet	— Danmarks statistik

(¹) De i bilag II indeholdte ikke-krigslignende materialer.



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Liste der Ankaufsstellen

1. Auswärtiges Amt
2. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
3. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
4. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
5. Bundesministerium der Finanzen
6. Bundesministerium für Forschung und Technologie
7. Bundesministerium des Innern (nur zivile Güter)
8. Bundesministerium für Gesundheit
9. Bundesministerium für Frauen und Jugend
10. Bundesministerium für Familie und Senioren
11. Bundesministerium der Justiz
12. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
13. Bundesministerium für Post und Telekommunikation⁽¹⁾
14. Bundesministerium für Wirtschaft
15. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
16. Bundesministerium der Verteidigung⁽¹⁾
17. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
18. Bundesministerium für Verkehr

Anmerkung

Nach den geltenden innerstaatlichen Vorschriften müssen die in dieser Liste aufgeführten Stellen nach Maßgabe besonderer Verfahren Aufträge an bestimmte Gruppen vergeben, um Schwierigkeiten aufgrund des letzten Krieges zu begegnen.

⁽¹⁾ Mit Ausnahme von Telekommunikationsausrüstung.

▼M1

SPANIEN

Liste der Beschaffungsstellen

1. Ministerio de Asuntos Exteriores
2. Ministerio de Justicia
3. Ministerio de Defensa ⁽¹⁾
4. Ministerio de Economía y Hacienda
5. Ministerio del Interior
6. Ministerio de Obras Públicas, Transportes y Medio Ambiente
7. Ministerio de Educación y Ciencia
8. Ministerio de Trabajo y Seguridad Social
9. Ministerio de Industria y Energía
10. Ministerio de Agricultura, Pesca y Alimentación
11. Ministerio de la Presidencia
12. Ministerio para las Administraciones Públicas
13. Ministerio de Cultura
14. Ministerio de Comercio y Turismo
15. Ministerio de Sanidad y Consumo
16. Ministerio de Asuntos Sociales

⁽¹⁾ Material que no sea de guerra incluido en el Anexo II.

▼M1

FRANKREICH

1. **Wichtigste Ankaufsstellen**A. *Budget général*

- Services du Premier ministre
- Ministère des affaires sociales, de la santé et de la ville
- Ministère de l'intérieur et de l'aménagement du territoire
- Ministère de la justice
- Ministère de la défense
- Ministère des affaires étrangères
- Ministère de l'éducation nationale
- Ministère de l'économie
- Ministère de l'industrie, des postes et télécommunications et du commerce extérieur
- Ministère de l'équipement, des transports et du tourisme
- Ministère des entreprises et du développement économique, chargé des petites et moyennes entreprises et du commerce et de l'artisanat
- Ministère du travail, de l'emploi et de la formation professionnelle
- Ministère de la culture et de la francophonie
- Ministère du budget
- Ministère de l'agriculture et de la pêche
- Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche
- Ministère de l'environnement
- Ministère de la fonction publique
- Ministère du logement
- Ministère de la coopération
- Ministère des départements et territoires d'outre-mer
- Ministère de la jeunesse et des sports
- Ministère de la communication
- Ministère des anciens combattants et victimes de guerre

B. *Budget annexe*

On peut notamment signaler:

- Imprimerie nationale

C. *Comptes spéciaux du Trésor*

On peut notamment signaler:

- Fonds forestier national
- Soutien financier de l'industrie cinématographique et de l'industrie des programmes audiovisuels
- Fonds national d'aménagement foncier et d'urbanisme
- Caisse autonome de la reconstruction

2. **Nationale öffentliche Einrichtungen mit administrativer Funktion**

- Académie de France à Rome
- Académie de marine
- Académie des sciences d'outre-mer
- Agence centrale des organismes de sécurité sociale (ACOSS)
- Agences financières de bassins
- Agence nationale pour l'amélioration des conditions de travail (ANACT)
- Agence nationale pour l'amélioration de l'habitat (ANAH)

▼M1

- Agence nationale pour l'emploi (ANPE)
- Agence nationale pour l'indemnisation des français d'outre-mer (ANI-FOM)
- Assemblée permanente des chambres d'agriculture (APCA)
- Bibliothèque nationale
- Bibliothèque nationale et universitaire de Strasbourg
- Bureau d'études des postes et télécommunications d'outre-mer (BEPTOM)
- Caisse des dépôts et consignations
- Caisse nationale des allocations familiales (CNAF)
- Caisse nationale d'assurance maladie des travailleurs salariés (CNAM)
- Caisse nationale d'assurance-vieillesse des travailleurs salariés (CNAVTS)
- Caisse nationale des autoroutes (CNA)
- Caisse nationale militaire de sécurité sociale (CNMSS)
- Caisse nationale des monuments historiques et des sites
- Caisse nationale des télécommunications⁽¹⁾
- Caisse de garantie du logement social
- Casa de Velasquez
- Centre d'enseignement zootechnique de Rambouillet
- Centre d'études du milieu et de pédagogie appliquée du ministère de l'agriculture
- Centre d'études supérieures de sécurité sociale
- Centres de formation professionnelle agricole
- Centre national d'art et de culture Georges Pompidou
- Centre national de la cinématographie française
- Centre national d'études et de formation pour l'enfance inadaptée
- Centre national d'études et d'expérimentation du machinisme agricole, du génie rural, des eaux et des forêts
- Centre national et de formation pour l'adaptation scolaire et l'éducation spécialisée (CNEFASES)
- Centre national de formation et de perfectionnement des professeurs d'enseignement ménager agricole
- Centre national des lettres
- Centre national de documentation pédagogique
- Centre national des œuvres universitaires et scolaires (CNOUS)
- Centre national d'ophtalmologie des Quinze-Vingts
- Centre national de préparation au professorat de travaux manuels éducatifs et d'enseignement ménager
- Centre national de promotion rurale de Marmilhat
- Centre national de la recherche scientifique (CNRS)
- Centre régional d'éducation populaire d'Ile-de-France
- Centres d'éducation populaire et de sport (CREPS)
- Centres régionaux des œuvres universitaires (CROUS)
- Centres régionaux de la propriété forestière
- Centre de sécurité sociale des travailleurs migrants
- Chancelleries des universités
- Collège de France
- Commission des opérations de bourse
- Conseil supérieur de la pêche
- Conservatoire de l'espace littoral et des rivages lacustres

⁽¹⁾ Postes seulement.

▼M1

- Conservatoire national des arts et métiers
- Conservatoire national supérieur de musique
- Conservatoire national supérieur d'art dramatique
- Domaine de Pompadour
- École centrale — Lyon
- École centrale des arts et manufactures
- École française d'archéologie d'Athènes
- École française d'Extrême-Orient
- École française de Rome
- École des hautes études en sciences sociales
- École nationale d'administration
- École nationale de l'aviation civile (ENAC)
- École nationale des Chartes
- École nationale d'équitation
- École nationale du génie rural des eaux et des forêts (ENGREF)
- Écoles nationales d'ingénieurs
- École nationale d'ingénieurs des industries des techniques agricoles et alimentaires
- Écoles nationales d'ingénieurs des travaux agricoles
- École nationale des ingénieurs des travaux ruraux et des techniques sanitaires
- École nationale des ingénieurs des travaux des eaux et forêts (ENITEF)
- École nationale de la magistrature
- Écoles nationales de la marine marchande
- École nationale de la santé publique (ENSP)
- École nationale de ski et d'alpinisme
- École nationale supérieure agronomique — Montpellier
- École nationale supérieure agronomique — Rennes
- École nationale supérieure des arts décoratifs
- École nationale supérieure des arts et industries — Strasbourg
- École nationale supérieure des arts et industries textiles — Roubaix
- Écoles nationales supérieures d'arts et métiers
- École nationale supérieure des beaux-arts
- École nationale supérieure des bibliothécaires
- École nationale supérieure de céramique industrielle
- École nationale supérieure de l'électronique et de ses applications (ENSEA)
- École nationale supérieure d'horticulture
- École nationale supérieure des industries agricoles alimentaires
- École nationale supérieure du paysage (rattachée à l'école nationale supérieure d'horticulture)
- École nationale supérieure des sciences agronomiques appliquées (ENSSA)
- Écoles nationales vétérinaires
- École nationale de voile
- Écoles normales d'instituteurs et d'institutrices
- Écoles normales nationales d'apprentissage
- Écoles normales supérieures
- École polytechnique
- École technique professionnelle agricole et forestière de Meymac (Corrèze)

▼M1

- École de sylviculture — Croigny (Aube)
- École de viticulture et d'œnologie de la Tour Blanche (Gironde)
- École de viticulture — Avize (Marne)
- Établissement national de convalescents de Saint-Maurice
- Établissement national des invalides de la marine (ENIM)
- Établissement national de bienfaisance Koenigs-Wazter
- Fondation Carnegie
- Fondation Singer-Polignac
- Fonds d'action sociale pour les travailleurs immigrés et leurs familles
- Hôpital-hospice national Dufresne-Sommeiller
- Institut de l'élevage et de médecine vétérinaire des pays tropicaux (IEMVPT)
- Institut français d'archéologie orientale du Caire
- Institut géographique national
- Institut industriel du Nord
- Institut international d'administration publique (IIAP)
- Institut national agronomique de Paris-Grignon
- Institut national des appellations d'origine des vins et eaux-de-vie (INAOVEV)
- Institut national d'astronomie et de géophysique (INAG)
- Institut national de la consommation (INC)
- Institut national d'éducation populaire (INEP)
- Institut national d'études démographiques (INED)
- Institut national des jeunes aveugles — Paris
- Institut national des jeunes sourds — Bordeaux
- Institut national des jeunes sourds — Chambéry
- Institut national des jeunes sourds — Metz
- Institut national des jeunes sourds — Paris
- Institut national de physique nucléaire et de physique des particules (I.N.2.P3)
- Institut national de promotion supérieure agricole
- Institut national de la propriété industrielle
- Institut national de la recherche agronomique (INRA)
- Institut national de recherche pédagogique (INRP)
- Institut national de la santé et de la recherche médicale (INSERM)
- Institut national des sports
- Instituts nationaux polytechniques
- Instituts nationaux des sciences appliquées
- Institut national supérieur de chimie industrielle de Rouen
- Institut national de recherche en informatique et en automatique (INRIA)
- Institut national de recherche sur les transports et leur sécurité (INRETS)
- Instituts régionaux d'administration
- Institut supérieur des matériaux et de la construction mécanique de Saint-Ouen
- Musée de l'armée
- Musée Gustave Moreau
- Musée de la marine
- Musée national J.-J. Henner
- Musée national de la Légion d'honneur

▼M1

- Musée de la poste
- Muséum national d'histoire naturelle
- Musée Auguste-Rodin
- Observatoire de Paris
- Office de coopération et d'accueil universitaire
- Office français de protection des réfugiés et apatrides
- Office national des anciens combattants
- Office national de la chasse
- Office national d'information sur les enseignements et les professions (ONISEP)
- Office national d'immigration (ONI)
- Institut français de recherche scientifique pour le développement en coopération (ORSTOM)
- Office universitaire et culturel français pour l'Algérie
- Palais de la découverte
- Parcs nationaux
- Réunion des musées nationaux
- Syndicat des transports parisiens
- Thermes nationaux — Aix-les-Bains
- Universités

3. Sonstige nationale öffentliche Einrichtung

- Union des groupements d'achats publics (UGAP)



GRIECHENLAND

Liste der Beschaffungsstellen

1. Ministry of National Economy
2. Ministry of Education and Religion
3. Ministry of Commerce
4. Ministry of Industry, Energy and Technology
5. Ministry of Merchant Marine
6. Ministry to the Prime Minister
7. Ministry of the Aegean
8. Ministry of Foreign Affairs
9. Ministry of Justice
10. Ministry of the Interior
11. Ministry of Labour
12. Ministry of Culture and Sciences
13. Ministry of Environment, Planning and Public Works
14. Ministry of Finance
15. Ministry of Transport and Communications
16. Ministry of Health and Social Security
17. Ministry of Macedonia and Thrace
18. Army General Staff
19. Navy General Staff
20. Airforce General Staff
21. Ministry of Agriculture
22. General Secretariat for Press and Information
23. General Secretariat for Youth
24. General State Laboratory
25. General Secretariat for Further Education
26. General Secretariat of Equality
27. General Secretariat for Social Security
28. General Secretariat for Greeks Living Abroad
29. General Secretariat for Industry
30. General Secretariat for Research and Technology
31. General Secretariat for Sports
32. General Secretariat for Public Works
33. National Statistical Service
34. National Welfare Organisation
35. Workers' Housing Organisation
36. National Printing Office
37. Greek Atomic Energy Commission
38. Greek Highway Fund
39. University of Athens
40. University of the Aegean
41. University of Thessaloniki
42. University of Thrace
43. University of Ioannina
44. University of Patras
45. Polytechnic School of Crete

▼**M1**

46. Sivitaniidios Technical School
47. University of Macedonia
48. Eginitio Hospital
49. Areteio Hospital
50. National Centre of Public Administration
51. Hellenic Post (EL. TA.)
52. Public Material Management Organisation
53. Farmers' Insurance Organisation
54. School Building Organisation

▼**M1**

IRELAND

1. **Wichtigste Ankaufsstellen**

Office of Public Works

2. **Sonstige Beschaffungsstellen**

- President's Establishment
- Houses of the Oireachtas (Parliament)
- Department of the Taoiseach (Prime Minister)
- Office of the Tanaiste (Deputy Prime Minister)
- Central Statistics Office
- Department of Arts, Culture and the Gaeltacht
- National Gallery of Ireland
- Department of Finance
- State Laboratory
- Office of the Comptroller and Auditor General
- Office of the Attorney General
- Office of the Director of Public Prosecutions
- Valuation Office
- Civil Service Commission
- Office of the Ombudsman
- Office of the Revenue Commissioners
- Department of Justice
- Commissioners of Charitable Donations and Bequests for Ireland
- Department of the Environment
- Department of Education
- Department of the Marine
- Department of Agriculture, Food and Forestry
- Department of Enterprise and Employment
- Department of Trade and Tourism
- Department of Defence⁽¹⁾
- Department of Foreign Affairs
- Department of Social Welfare
- Department of Health
- Department of Transport, Energy and Communications

⁽¹⁾ Non-warlike materials contained in Annex II.

▼M1

ITALIEN

Ankaufsstellen

1. Ministry of the Treasury ⁽¹⁾
2. Ministry of Finance ⁽²⁾
3. Ministry of Justice
4. Ministry of Foreign Affairs
5. Ministry of Education
6. Ministry of the Interior
7. Ministry of Public Works
8. Ministry for Co-ordination (International Relations and EC Agricultural Policies)
9. Ministry of Industry, Trade and Craft Trades
10. Ministry of Employment and Social Security
11. Ministry of Health
12. Ministry of Cultural Affairs and the Environment
13. Ministry of Defence ⁽¹⁾
14. Budget and Economic Planning Ministry
15. Ministry of Foreign Trade
16. Ministry of Posts and Telecommunications ⁽³⁾
17. Ministry of the Environment
18. Ministry of University and Scientific and Technological Research

⁽¹⁾ Ente centrale d'acquisto per la maggior parte degli altri ministeri ed enti.

⁽²⁾ Esclusi gli acquisti effettuati dal monopolio dei sali e tabacchi.

⁽³⁾ Soltanto i servizi postali.

▼M1

LUXEMBURG

1. Ministère d'État: Service central des imprimés et des fournitures de l'État
2. Ministère de l'agriculture: Administration des services techniques de l'agriculture
3. Ministère de l'éducation nationale: Lycées d'enseignement secondaire et d'enseignement secondaire technique
4. Ministère de la famille et de la solidarité sociale: maisons de retraite
5. Ministère de la force publique: Armée⁽¹⁾ — Gendarmerie — Police
6. Ministère de la justice: Établissements pénitentiaires
7. Ministère de la santé publique: Hôpital neuropsychiatrique
8. Ministère des travaux publics: bâtiments publics — Ponts et chaussées
9. Ministère des Communications: Centre informatique de l'État
10. Ministère de l'environnement: Commissariat général à la protection des eaux

⁽¹⁾ Matériel non de guerre contenu à l'annexe II.



NIEDERLANDE

Liste der Beschaffungsstellen**Ministerien und Organe der Zentralregierung**

1. Ministry of General Affairs — Ministerie van Algemene Zaken
 - Advisory Council on Government Policy — Bureau van de Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid
 - National Information Office — Rijksvoorlichtingsdienst
2. Ministry of the Interior — Ministerie van Binnenlandse Zaken
 - Government Personnel Information System Service — Dienst Informatievoorziening Overheidspersoneel
 - Redundancy Payment and Benefits Agency — Dienst Uitvoering Ontslaguitkeringsregelingen
 - Public Servants Medical Expenses Agency — Dienst Ziektekostenvoorziening Overheidspersoneel
 - RPD Advisory Service — RPD Advies
 - Central Archives and Interdepartmental Text Processing — CAS/ITW
3. Ministry of Foreign Affairs + Directorate-General for Development Cooperation of the Ministry of Foreign Affairs — Ministerie van Buitenlandse Zaken + Ministerie voor Ontwikkelingssamenwerking
4. Ministry of Defence — Ministerie van Defensie⁽¹⁾
 - Directorate of material Royal Netherlands Navy — Directie materieel Koninklijke Marine
 - Directorate of material Royal Netherlands Army — Directie materieel Koninklijke Landmacht
 - Directorate of material Royal Netherlands Air Force — Directie materieel Koninklijke Luchtmacht
5. Ministry of Economic Affairs — Ministerie van Economische Zaken
 - Economic Investigation Agency — Economische Controledienst
 - Central Plan Bureau — Centraal Planbureau
 - Netherlands Central Bureau of Statistics — Centraal Bureau voor de Statistiek
 - Senter — Senter
 - Industrial Property Office — Bureau voor de Industriële Eigendom
 - Central Licensing Office for Import and Export — Centrale Dienst voor de In- en Uitvoer
 - State Supervision of Mines — Staatstoezicht op de Mijnen
 - Geological Survey of the Netherlands — Rijks Geologische Dienst
6. Ministry of Finance — Ministerie van Financiën
 - State Property Department — Dienst der Domeinen
 - Directorates of the State Tax Department — Directies der Rijksbelastingen
 - State Tax Department/Fiscal Intelligence and Information Department — Belastingdienst/FIOD
 - State Tax Department/Computer Centre — Belastingdienst/Automatiseringscentrum
 - State Tax Department/Training — Belastingdienst/Opleidingen
7. Ministry of Justice — Ministerie van Justitie
 - Education and Training Organization, Directorate General for the Protection of Young People and the care of Offenders — Opleidings- en vormingsorganisatie Directoraat-Generaal Jeugdbescherming en Delinquentenzorg
 - Child Care and Protection Board — Raden voor de Kinderbescherming in de provincies
 - State Institutions for Child care and Protection — Rijksinrichtingen voor de Kinderbescherming in de provincies

⁽¹⁾ Niet voor oorlogsdoeleinden bestemd materiaal vermeld in bijlage II.

▼M1

- Prisons — Penitentiare inrichtingen in de provincie
 - State Institutions for Persons Placed under Hospital Order — Rijksinrichtingen voor TBS-verpleging in de provincies
 - Internal Facilities Service of the Directorate for Young Offenders and Young Peoples Institute — Dienst Facilitaire Zaken van de Directie Delinquentenzorg en Jeugdinrichtingen
 - Legal Aid Department — Dienst Gerechtelijke Ondersteuning in de arrondissementen
 - Central Collection Office for the Courts — Centraal Ontvangstkantoor der Gerechten
 - Central Debt Collection Agency of the Ministry of Justice — Centraal Justitie Incassobureau
 - National Criminal Investigation Department — Rijksrecherche
 - Forensic Laboratory — Gerechtelijk Laboratorium
 - National Police Services Force — Korps Landelijke Politiediensten
 - District offices of the Immigration and Naturalisation Service — Districtskantoren Immigratie- en Naturalisatiedienst
8. Ministry of Agriculture, Nature Management and Fisheries — Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij
- National Forest Service — Staatsbosbeheer
 - Agricultural Research Service — Dienst Landbouwkundig Onderzoek
 - Agricultural Extension Service — Dienst Landbouwvoorlichting
 - Land Development Service — Landinrichtingsdienst
 - National Inspection Service for Animals and Animal Protection — Rijksdienst voor de Keuring van Vee en Vlees
 - Plant Protection Service — Plantenziektenkundige Dienst
 - General Inspection Service — Algemene Inspectiedienst
 - National Fisheries Research Institute — Rijksinstituut voor Visserijonderzoek
 - Government Institute for Quality Control of Agricultural Products — Rijkskwaliteit Instituut voor Land- en Tuinbouwprodukten
 - National Institute for Nature Management — Instituut voor Bos- en Natuuronderzoek
 - Game Fund — Jachtfonds
9. Ministry of Education and Science — Ministerie van Onderwijs en Wetenschappen
- Royal Library — Koninklijke Bibliotheek
 - Institute for Netherlands History — Instituut voor Nederlandse Geschiedenis
 - Netherlands State Institute for War Documentation — Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
 - Institute for Educational Research — Instituut voor Onderzoek van het Onderwijs
 - National Institute for Curriculum Development — Instituut voor de Leerplan Ontwikkeling
10. Ministry of Social Affairs and Employment — Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid
- Wages Inspection Service — Loontechnische dienst
 - Inspectorate for Social Affairs and Employment — Inspectie en Informatie Sociale Zaken en Werkgelegenheid
 - National Social Assistance Consultancies Services — Rijksconsulenten Schapen Sociale Zekerheid
 - Steam Equipment Supervision Service — Dienst voor het Stoomwezen
 - Conscientious Objectors Employment Department — Tewerkstelling erkend gewetensbezwaarden militaire dienst
 - Directorate for Equal Opportunities — Directie Emancipatie

▼MI

11. Ministry of Transport, Public Works and Water Management — Ministerie van Verkeer en Waterstaat
 - Directorate-General for Transport — Directoraat-Generaal Vervoer
 - Directorate-General for Public Works and Water Management — Directoraat-Generaal Rijkswaterstaat
 - Directorate-General for Civil Aviation — Directoraat-Generaal Rijksluchtvaartdienst
 - Telecommunications and Post Department — Hoofddirectie Telecommunicatie en Post
 - Regional Offices of the Directorates-General and General Management, Inland Waterway Navigation Service — De regionale organisatie van de directoraten-generaal en de hoofddirectie Vaarwegmarkeringsdienst
12. Ministry of Housing, Physical Planning and Environment — Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer
 - Directorate-General for Environment Management — Directoraat-Generaal Milieubeheer
 - Directorate-General for Public Housing — Directoraat-Generaal van de Volkshuisvesting
 - Government Buildings Agency — Rijksgebouwendienst
 - National Physical Planning Agency — Rijksplanologische Dienst
13. Ministry of Welfare, Health and Cultural Affairs — Ministerie van Welzijn, Volksgezondheid en Cultuur
 - Social and Cultural Planning Office — Sociaal en Cultureel Planbureau
 - Inspectorate for Child and Youth Care and Protection Services — Inspectie Jeugdhulpverlening en Jeugdbescherming
 - Medical Inspectorate of Health Care — Inspecties van het Staatstoezicht op de Volksgezondheid
 - Cultural Castle Council — Rijksdienst Kastelenbeheer
 - National Archives Department — Rijksarchiefdienst
 - Department for the Conservation of Historic Buildings and Sites — Rijksdienst voor de Monumentenzorg
 - National Institute of Public Health and Environmental Protection — Rijksinstituut voor Milieuhygiëne
 - National Archeological Field Survey Commission — Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek
 - Netherlands Office for Fine Arts — Rijksdienst Beeldende Kunst
14. Cabinet for Netherlands Antillean and Aruban Affairs — Kabinet voor Nederlands-Antilliaanse en Arubaanse zaken
15. Higher Colleges of State — Hogere Colleges van Staat
16. Council of State — Raad van State
17. Netherlands Court of Audit — Algemene Rekenkamer
18. National Ombudsman — Nationale Ombudsman

▼**MI**

ÖSTERREICH

1. Bundeskanzleramt — Amtswirtschaftsstelle
2. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
3. Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz
4. Bundesministerium für Finanzen
 - a) Amtswirtschaftsstelle
 - b) Abteilung VI/5 (EDV-Beschaffung des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesrechenamtes)
 - c) Abteilung III/1 (Beschaffung von technischen Geräten, Einrichtungen und Sachgütern für die Zollwache)
5. Bundesministerium für Jugend und Familie — Amtswirtschaftsstelle
6. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
7. Bundesministerium für Inneres
 - a) Abteilung I/5 (Amtswirtschaftsstelle)
 - b) EDV-Zentrum (Beschaffung von elektronischen Datenverarbeitungssystemen (Hardware))
 - c) Abteilung II/3 (Beschaffung von technischen Geräten und Einrichtungen für die Bundespolizei)
 - d) Abteilung I/6 (Beschaffung von Sachgütern (mit Ausnahme der von der Abteilung II/3 zu beschaffenden Sachgüter) für die Bundespolizei)
 - e) Abteilung IV/8 (Beschaffung von Fluggeräten)
8. Bundesministerium für Justiz — Amtswirtschaftsstelle
9. Bundesministerium für Landesverteidigung ⁽¹⁾
10. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
11. Bundesministerium für Arbeit und Soziales — Amtswirtschaftsstelle
12. Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
13. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
14. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
15. Österreichisches Statistisches Zentralamt
16. Österreichische Staatsdruckerei
17. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
18. Bundesversuchs- und Forschungsanstalt-Arsenal (BVFA)
19. Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten
20. Austro Control GmbH — Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung
21. Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
22. Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (nur Postwesen)
23. Bundesministerium für Umwelt — Amtswirtschaftsstelle

⁽¹⁾ Material außer Kriegsmaterial gemäß Anhang II.



PORTUGAL

Prime Minister's Office

Legal Centre

Centre for Studies and Training (Local Government)

Government Computer Network Management Centre

National Council for Civil Defense Planning

Permanent Council for Industrial Conciliation

Department for Vocational and Advanced Training

Ministerial Department with special responsibility for Macao

Ministerial Department responsible for Community Service by Conscientious Objectors

Institute for Youth

National Administration Institute

Secretariat General, Prime Minister's Office

Secretariat for Administrative Modernization

Social Services, Prime Minister's Office

Ministry of Home Affairs

Directorate-General for Roads

Ministerial Department responsible for Studies and Planning

Civilian administrations

Customs Police

Republican National Guard

Police

Secretariat General

Technical Secretariat for Electoral Matters

Customs and Immigration Department

Intelligence and Security Department

National Fire Service

Ministry of Agriculture

Control Agency for Community Aid to Olive Oil Production

Regional Directorate for Agriculture (Beira Interior)

Regional Directorate for Agriculture (Beira Litoral)

Regional Directorate for Agriculture (Entre Douro e Minho)

Regional Directorate for Agriculture (Trás-os-Montes)

Regional Directorate for Agriculture (Alentejo)

Regional Directorate for Agriculture (Algarve)

Regional Directorate for Agriculture (Ribatejo e Oeste)

General Inspectorate and Audit Office (Management Audits)

Viticulture Institute

National Agricultural Research Institute

Institute for the Regulation and Guidance of Agricultural Markets

Institute for Agricultural Structures and Rural Development

Institute for Protection of Agri-Food-Production

Institute for Forests

Institute for Agricultural Markets and Agri-Foods Industry

Secretariat General

IFADAP (Financial Institute for the Development of Agriculture and Fishing)⁽¹⁾INGA (National Agricultural Intervention and Guarantee Institute)⁽¹⁾*Ministry of the Environment and Natural Resources*

Directorate-General for Environment

Institute for Environmental Promotion

Institute for the Consumer

⁽¹⁾ Authority under joint Ministry of Trade and Tourism and Ministry of Finance control.

▼**M1**

Institute for Meteorology
 Secretariat General
 Institute for Natural Conservancy
 Ministerial Department for the Improvement of the Estoril Coast
 Regional Directorates for Environment and Natural Resources
 Water Institute

Ministry of Trade and Tourism

Commission responsible for the Application of Economic Penalties
 Directorate-General for Competition and Prices
 Directorate-General for Inspection (Economic Affairs)
 Directorate-General for Tourism
 Directorate-General for Trade
 Tourism Fund
 Ministerial Department responsible for Community Affairs
 ICEP (Portuguese Foreign Trade Institute)
 General Inspectorate for Gambling
 National Institute for Training in Tourism
 Regional Tourist Boards
 Secretariat General
 ENATUR (National Tourism Enterprise) — Public enterprise⁽¹⁾

Ministry of Defence⁽²⁾

National Security Authority
 National Council for Emergency Civil Planning
 Directorate-General for Armaments and Defence Equipments
 Directorate-General for Infrastructure
 Directorate-General for Personnel
 Directorate-General for National Defence Policy
 Secretariat General

Office of the Chief of Staff of the Armed Forces⁽²⁾

Administrative Council of the Office of the Chief of Staff of the Armed Forces
 Commission of Maintenance of NATO Infrastructure
 Executive Commission of NATO Infrastructure
 Social Works of the Armed Forces

Office of the Chief of Staff, Air Force⁽²⁾

Air Force Logistics and Administrative Commando
 General Workshop for Aeronautical Equipment

Office of the Chief of Staff, Army⁽²⁾

Logistics Department
 Directorate for Army Engineering
 Directorate for Army Communications
 Service Directorate for Fortifications and Army Works
 Service Directorate for the Army Physical Education
 Service Directorate Responsible for the Army Computer
 Service Directorate for Intendancy
 Service Directorate for Equipment
 Service Directorate for Health
 Directorate for Transports
 Main Army Hospital
 General Workshop of Uniforms and Equipment
 General Workshop of Engineering Equipment

⁽¹⁾ Authority under joint Ministry of Trade and Tourism and Ministry of Finance control.

⁽²⁾ Material não bélico constante do anexo II.

▼**M1**

Bakery

Army Laboratory for Chemical and Pharmaceutical Products

Office of the Chief of Staff, Navy⁽¹⁾

Directorate for Naval Facilities

Directorate-General for Naval Equipment

Directorate for Instruction and Training

Directorate of the Service of Naval Health

The Navy Hospital

Directorate for Supplies

Directorate for Transport

Directorate of the Service of Maintenance

Armed Computer Service

Continent Naval Commando

Açores Naval Commando

Madeira Naval Commando

Commando of Lisbon Naval Station

Army Centre for Physical Education

Administrative Council of Central Navy Administration

Naval War Height Institute

Directorate-General for the Navy

Directorate-General for Lighthouses and School for Lighthouse Keepers

The Hydrographic Institute

Vasco da Gama Aquarium

The Alfeite Arsenal

Ministry of Education

Secretariat General

Department for Planning and Financial Management

Department for Higher Education

Department for Secondary Education

Department for Basic Education

Department for Educational Resources Management

General Inspectorate of Education

Bureau for the Launching and Coordination of the School Year

Regional Directorate for Education (Norte)

Regional Directorate for Education (Centro)

Regional Directorate for Education (Lisboa)

Regional Directorate for Education (Alentejo)

Regional Directorate for Education (Algarve)

Camões Institute

Institute for Innovation in Education António Aurélio da Costa Ferreira

Institute for Sports

Department of European Affairs

Ministry of Education Press

Ministry of Employment and Social Security

National Insurance and Occupational Health Fund

Institute for Development and Inspection of Labour Conditions

Social Welfare Funds

Casa Pia de Lisboa⁽²⁾

National Centre for Pensions

Regional Social Security Centres

Commission on Equal Opportunity and Rights for Women

⁽¹⁾ Material não bélico constante do anexo II.

⁽²⁾ Authority under joint control of the Ministry of Employment and Social Security and the Ministry of Health Control.

▼**M1**

Statistics Department
 Studies and Planning Department
 Department of International Relations and Social Security Agreements
 European Social Fund Department
 Department of European Affairs and External Relations
 Directorate-General for Social Works
 Directorate-General for the Family
 Directorate-General for Technical Support to Management
 Directorate-General for Employment and Vocational Training
 Directorate-General for Social Security Schemes
 Social Security Financial Stabilization Fund
 General Inspectorate for Social Security
 Social Security Financial Management Institute
 Employment and Vocational Training Institute
 National Institute for Workers' Leisure Time
 Secretariat General
 National Secretariat for Rehabilitation
 Social Services
 Santa Casa da Misericórdia de Lisboa ⁽¹⁾

Ministry of Finance

ADSE (Directorate-General for the Protection of Civil Servants)
 Legal Affairs Office
 Directorate-General for Public Administration
 Directorate-General for Public Accounts and General Budget Supervision
 Directorate-General for the State Loans Board
 Directorate-General for the Customs Service
 Directorate-General for Taxation
 Directorate-General for State Assets
 Directorate-General for the Treasury
 Ministerial Department responsible for Economic Studies
 Ministerial Department responsible for European Affairs
 GAFEEP (Ministerial Department responsible for Studies on the Funding of the State and Public Enterprises)
 General Inspectorate for Finance
 Institute for Information Technology
 State Loans Board
 Secretariat General
 SOFE (Social Services of the Ministry of Finance)

Ministry of Industry and Energy

Regional Delegation for Industry and Energy (Lisboa e Vale do Tejo)
 Regional Delegation for Industry and Energy (Alentejo)
 Regional Delegation for Industry and Energy (Algarve)
 Regional Delegation for Industry and Energy (Centro)
 Regional Delegation for Industry and Energy (Norte)
 Directorate-General for Industry
 Directorate-General for Energy
 Geological and Mining Institute
 Ministerial Department responsible for Studies and Planning
 Ministerial Department responsible for Oil Exploration and Production
 Ministerial Department responsible for Community Affairs
 National Industrial Property Institute
 Portuguese Institute for Quality
 INETI (National Institute for Industrial Engineering and Technology)

⁽¹⁾ Authority under joint control of the Ministry of Employment and Social Security and the Ministry of Health Control.

▼**M1**

Secretariat General
 PEDIP Manager's Department
 Legal Affairs Office
 Commission for Emergency Industrial Planning
 Commission for Emergency Energy Planning
 IAPMEI (Institute for Support of Small and Medium-sized Enterprises and Investments)

Ministry of Justice

Centre for Legal Studies
 Social Action and Observation Centres
 The High Council of the Judiciary (Conselho Superior de Magistratura)
 Central Registry
 Directorate-General for Registers and Other Official Documents
 Directorate-General for Computerized Services
 Directorate-General for Legal Services
 Directorate-General for the Prison Services
 Directorate-General for the Protection and Care of Minors Prison Establishments
 Ministerial Department responsible for European Law
 Ministerial Department responsible for Documentation and Comparative Law
 Ministerial Department responsible for Studies and Planning
 Ministerial Department responsible for Financial Management
 Ministerial Department responsible for Planning and Coordinating Drug Control
 São João de Deus Prison Hospital
 Corpus Christi Institute
 Guarda Institute
 Institute for the Rehabilitation of Offenders
 São Domingos de Benfica Institute
 National Police and Forensic Science Institute
 Navarro Paiva Institute
 Padre António Oliveira Institute
 São Fiel Institute
 São José Institute
 Vila Fernando Institute
 Criminology Institutes
 Forensic Medicine Institutes
 Criminal Investigation Department
 Secretariat General
 Social Services

Ministry of Public Works, Transport and Communications

Council for Public and Private Works Markets
 Directorate-General for Civil Aviation
 Directorate-General for National Buildings and Monuments
 Directorate-General for Road and Rail Transport
 Ministerial Department responsible for River Crossings (Tagus)
 Ministerial Department for Investment Coordination
 Ministerial Department responsible for the Lisbon Railway Junction
 Ministerial Department responsible for the Oporto Railway Junction
 Ministerial Department responsible for Navigation on the Douro
 Ministerial Department responsible for the European Communities
 General Inspectorate for Public Works, Transport and Communications
 Independent Executive for Roads
 National Civil Engineering Laboratory
 Social Works Department of the Ministry of Public Works, Transport and Communications
 Secretariat General
 Institute for Management and Sales of State Housing

▼**MI**

CTT — Post & Telecommunications of Portugal SA⁽¹⁾

Ministry of Foreign Affairs

Directorate-General for Consular Affairs and for Financial Administration
 Directorate-General for the European Communities
 Directorate-General for Cooperation
 Institute for Portuguese Emigrants and Portuguese Communities Abroad
 Institute for Economic Cooperation
 Secretariat General

Ministry of Territorial Planning and Management

Academy of Science
 Legal Affairs Office
 National Centre for Geographical Data
 Regional Coordination Committee (Centro)
 Regional Coordination Committee (Lisboa e Vale do Tejo)
 Regional Coordination Committee (Alentejo)
 Regional Coordination Committee (Algarve)
 Regional Coordination Committee (Norte)
 Central Planning Department
 Ministerial Department for European Issues and External Relations
 Directorate-General for Local Government
 Directorate-General for Regional Development
 Directorate-General for Town and Country Planning
 Ministerial Department responsible for Coordination of the Alqueva Project
 General Inspectorate for Territorial Administration
 National Statistical Institute
 António Sérgio Cooperative Institute
 Institute for Scientific and Tropical Research
 Geographical and Land Register Institute
 National Scientific and Technological Research Board
 Secretariat General

Ministry of the Sea

Directorate General for Fishing
 Directorate General for Ports, Navigation and Maritime Transport
 Portuguese Institute for Maritime Exploration
 Maritime Administration for North, Centre & South
 National Institute for Port Pilotage
 Institute for Port Labour
 Port Administration of Douro and Leixões
 Port Administration of Lisboa
 Port Administration of Setúbal and Sesimbra
 Port Administration of Sines
 Independent Executive for Ports
 Infante D. Henrique Nautical School
 Portuguese Fishing School and School of Sailing and Marine Craft
 Secretariat General

Ministry of Health

Regional Health Administrations
 Health Centres
 Mental Health Centres
 Histocompatibility Centres
 Regional Alcoholism Centres
 Department for Studies and Health Planning

⁽¹⁾ Unicamente serviços postais.

▼M1

Health Human Resource Department
Directorate-General for Health
Directorate-General for Health Installations & Equipment
National Institute for Chemistry and Medicament
Supporting Centres for Drug Addicts
Institute for Computer and Financial Management of Health Services
Infirmary Technical Schools
Health Service Technical Colleges
Central Hospitals
District Hospitals
General Inspectorate of Health
National Institute of Emergency Care
Dr. Ricardo Jorge National Health Institute
Dr. Jacinto de Magalhães Institute of Genetic Medicine
Dr. Gama Pinto Institute of Ophthalmology
Portuguese Blood institute
General Practitioners Institutes
Secretariat General
Service for Prevention and Treatment of Drug Dependence
Social Services, Ministry of Health



FINNLAND

Liste der Beschaffungsstellen

Oikeuskanslerinvirasto	Office of the Chancellor of Justice
Kauppa- ja teollisuusministeriö	Ministry of Trade and Industry
Kuluttajavirasto	National Consumer Administration
Elintarvikevirasto	National Food Administration
Kilpailuvirasto	Office of Free Competition
Kilpailuneuvosto	Council of Free Competition
Kuluttaja-asiamiehen toimisto	Office of the Consumer Ombudsman
Kuluttajavalituslautakunta	Consumer Complaint Board
Patenti- ja rekisterihallitus	National Board of Patents and Registration
Liikenneministeriö	Ministry of Transport and Communications
Telehallintokeskus	Telecommunications Administration Centre
Maa- ja metsätalousministeriö	Ministry of Agriculture and Forestry
Maanmittauslaitos	National Land Survey of Finland
Oikeusministeriö	Ministry of Justice
Tietosuojavaltuutetun toimisto	The Office of the Data Protection Ombudsman
Tuomioistuinlaitos	Courts of Law
— Korkein oikeus	
— Korkein hallinto-oikeus	
— Hovioikeudet	
— Käräjäoikeudet	
— Läänioikeudet	
— Markkinatuomioistuin	
— Työtuomioistuin	
— Vakuutus oikeus	
— Vesioikeudet	
Vankeinhoitolaitos	Prison Administration
Opetusministeriö	Ministry of Education
Opetushallitus	National Board of Education
Valtion elokuvatarkastamo	National Office of Film Censorship
Puolustusministeriö	Ministry of Defence
Puolustusvoimat ⁽¹⁾	Defence Forces
Sisäasiainministeriö	Ministry of the Interior
Väestörekisterikeskus	Population Register Centre
Keskusrikospoliisi	Central Criminal Police
Liikkuva poliisi	Mobile Police
Rajavartiolaitos ⁽¹⁾	Frontier Guard
Sosiaali- ja terveysministeriö	Ministry of Social Affairs and Health
Työttömyysturvalautakunta	Unemployment Appeal Board
Tarkastuslautakunta	Appeal Tribunal
Lääkelaitos	National Agency for Medicines
Terveydenhuollon oikeusturvakeskus	National Board of Medicolegal Affairs
Tapaturmavirasto	State Accident Office

⁽¹⁾ Liitteeseen II sisältyvät muut kuin sotatarviket.

▼**M1**

Säteilyturvakeskus	Finnish Centre for Radiation and Nuclear Safety
Valtion turvapaikan hakijoiden vastaanottokeskukset	Reception Centres for Asylum Seekers
Työministeriö	Ministry of Labour
Valtakunnansovittelijain toimisto	National Conciliators' Office
Työneuvosto	Labour Council
Ulkoasiainministeriö	Ministry for Foreign Affairs
Valtiovarainministeriö	Ministry of Finance
Valtiontalouden tarkastusvirasto	State Economy Controller's Office
Valtiokonttori	State Treasury Office
Valtion työmarkkinalaitos Verohallinto	
Tullihallinto	
Valtion vakuusrahasto	
Ympäristöministeriö	Ministry of Environment
Vesi- ja ympäristöhallitus	National Board of Waters and Environment



SCHWEDEN

Liste der Beschaffungsstellen

A

Akademien för de fria konsterna	Royal Academy of Fine Arts
Allmänna advokatbyråerna (28)	Public Law-Service Offices (28)
Allmänna reklamationsnämnden	National Board for Consumer Complaints
Arbetskyddsstyrelsen	National Board of Occupational Safety and Health
Arbetsdomstolen	Labour Court
Arbetsgivarverk, statens	National Agency for Government Employers
Arbetslivscentrum	Centre for Working Life
Arbetslivsfonden	Working Lives Fund
Arbetsmarknadsstyrelsen	National Labour Market Board
Arbetsmiljöfonden	Work Environment Fund
Arbetsmiljöinstitutet	National Institute of Occupational Health
Arbetsmiljönämnd, statens	Board of Occupational Safety and Health for Government Employees
Arkitekturmuseet	Museum of Architecture
Arkivet för ljud och bild	National Archive of Recorded Sound and Moving Images
Arrendenämnder (12)	Regional Tenancies Tribunals (12)

B

Barnmiljörådet	National Child Environment Council
Beredning för utvärdering av medicinsk metodik, statens	Swedish Council on Technology Assessment in Health Care
Beredningen för internationell tekniskt-ekonomiskt samarbete	Agency for International Technical and Economic Co-operation
Besvärsnämnden för rättshjälp	Legal Aid Appeals Commission
Biblioteket, Kungl.	Royal Library
Biografbyrå, statens	National Board of Film Censors
Biografiskt lexikon, svenskt	Dictionary of Swedish Biography
Bokföringsnämnden	Swedish Accounting Standards Board
Bostadsdomstolen	Housing Appeal Court
Bostadskreditnämnd, statens (BKN)	National Housing Credit Guarantee Board
Boverket	National Housing Board
Brottsförebyggande rådet	National Council for Crime Prevention
Brottsskadenämnden	Criminal Injuries Compensation Board

C

Centrala försöksdjursnämnden	Central Committee for Laboratory Animals
Centrala studiestödsnämnden	National Board of Student Aid
Centralnämnden för fastighetsdata	Central Board for Real-Estate Data

D

Datainspektionen	Data Inspection Board
Departementen	Ministries (Government Departments)
Domstolsverket	National Courts Administration

E

Elsäkerhetsverket	National Electrical Safety Board
-------------------	----------------------------------

▼M1

Expertgruppen för forskning om regional utveckling	Expert Group on Regional Studies
Exportkreditnämnden	Export Credits Guarantee Board
F	
Fideikommissnämnden	Entailed Estates Council
Finansinspektionen	Financial Supervisory Authority
Fiskeriverket	National Board of Fisheries
Flygtekniska försöksanstalten	Aeronautical Research Institute
Folkhälsoinstitutet	National Institute of Public Health
Forskningsrådsnämnden	Council for Planning and Co-ordination of Research
Fortifikationsförvaltningen ⁽¹⁾	Fortifications Administration
Frivårdens behandlingscentral	Probation Treatment Centre
Förlikningsmannaexpedition, statens	National Conciliators' Office
Försvarets civilförvaltning ⁽¹⁾	Civil Administration of the Defence Forces
Försvarets datacenter ⁽¹⁾	Defence Data-Processing Centre
Försvarets forskningsanstalt ⁽¹⁾	National Defence Research Establishment
Försvarets förvaltningskola ⁽¹⁾	Defence Forces' Administration School
Försvarets materielverk ⁽¹⁾	Defence Material Administration
Försvarets radioanstalt ⁽¹⁾	National Defence Radio Institute
Försvarets sjukvårdsstyrelse ⁽¹⁾	Medical Board of the Defence Forces
Försvarshistoriska museer, statens ⁽¹⁾	Swedish Museums of Military History
Försvarshögskolan ⁽¹⁾	National Defence College
Försäkringskassorna	Social Insurance Offices
Försäkringsdomstolarna	Social Insurance Courts
Försäkringsöverdomstolen	Supreme Social Insurance Court
G	
Geologiska undersökning, Sveriges	Geological Survey of Sweden
Geotekniska institut, statens	Geotechnical Institute
Glesbygdsmyndigheten	National Rural Area Development Authority
Grafiska institutet och institutet för högre kommunikations- och reklamutbildning	Graphic Institute and the Graduate School of Communications
H	
Handelsflottans kultur- och fritidsråd	Swedish Government Seamen's Service
Handelsflottans pensionsanstalt	Merchant Pensions Institute
Handikappråd, statens	National Council for the Disabled
Haverikommission, statens	Board of Accident Investigation
Hovrätterna (6)	Courts of Appeal (6)
Humanistisk-samhällsvetenskapliga forskningsrådet	Council for Research in the Humanities and Social Sciences
Hyresnämnder (12)	Regional Rent Tribunals (12)
Häktena (30)	Remand Prisons (30)
Hälso- och sjukvårdens ansvarsnämnd	Committee on Medical Responsibility
Högsta domstolen	Supreme Court
I	
Inskrivningsmyndigheten för företagsinteckningar	Register Authority for Floating Charges
Institut för byggnadsforskning, statens	Council for Building Research

⁽¹⁾ Icke-krigsmateriel förtecknas i bilaga II.

▼M1

Institut för psykosocial miljömedicin, statens	National Institute for Psycho-Social Factors and Health
Institutet för rymdfysik	Swedish Institute of Space Physics
Invandrarverk, statens	Swedish Immigration Board
J	
Jordbruksverk, statens	Swedish Board of Agriculture
Justitiekanslern	Office of the Chancellor of Justice
Jämställdhetsombudsmannen och jämställdhetsdelegationen	Office of the Equal Opportunities Ombudsman and the Equal Opportunities Commission
K	
Kabelnämnden/Närradionämnden	Swedish Cable Authority/Swedish Community Radio Authority
Kammarkollegiet	National Judicial Board of Public Lands and Funds
Kammarrätterna (4)	Administrative Courts of Appeal (4)
Kemikalieinspektionen	National Chemicals Inspectorate
Kommerskollegium	National Board of Trade
Koncessionsnämnden för miljö-skydd	National Franchise Board for Environment Protection
Konjunkturinstitutet	National Institute of Economic Research
Konkurrensverket	Swedish Competition Authority
Konstfackskolan	College of Arts, Crafts and Design
Konsthögskolan	College of Fine Arts
Konstmuseer, statens	National Art Museums
Konstnärsnämnden	Arts Grants Committee
Konstråd, statens	National Art Council
Konsumentverket	National Board for Consumer Policies
Krigsarkivet ⁽¹⁾	Armed Forces Archives
Kriminaltekniska laboratorium, statens	National Laboratory of Forensic Science
Kriminalvårdens regionkanslier (7)	Correctional Region Offices (7)
Kriminalvårdsanstalterna (78)	National/Local Institutions (78)
Kriminalvårdsnämnden	National Paroles Board
Kriminalvårdsstyrelsen	National Prison and Probation Administration
Kronofogdemyndigheterna (24)	Enforcement Services (24)
Kulturråd, statens	National Council for Cultural Affairs
Kustbevakningen ⁽¹⁾	Swedish Coast Guard
Kärnkraftinspektion, statens	Nuclear-Power Inspectorate
L	
Lantmäteriverk, statens	Central Office of the National Land Survey
Livruskammaren/Skoklosters slott/Hallwylska museet	Royal Armoury
Livsmedelsverk, statens	National Food Administration
Lotterinämnden	Gaming Board
Läkemedelsverket	Medical Products Agency
Läns- och distriktsåklagarmyndigheterna	County Public Prosecution Authority and District Prosecution Authority
Länsarbetsnämnderna (24)	County Labour Boards (24)
Länsrätterna (25)	County Administrative Courts (25)
Länsstyrelserna (24)	County Administrative Boards (24)

⁽¹⁾ Icke-krigsmateriel förtecknas i bilaga II.

▼M1

Löne- och pensionsverk, statens	National Government Employee Salaries and Pensions Board
M	
Marknadsdomstolen	Market Court
Maskinprovningar, statens	National Machinery Testing Institute
Medicinska forskningsrådet	Medical Research Council
Meteorologiska och hydrologiska institut, Sveriges	Swedish Meteorological and Hydrological Institute
Militärhögskolan ⁽¹⁾	Armed Forces Staff and War College
Musiksamlingar, statens	Swedish National Collections of Music
N	
Naturhistoriska riksmuseet	Museum of Natural History
Naturvetenskapliga forskningsrådet	Natural Science Research Council
Naturvårdsverk, statens	National Environmental Protection Agency
Nordiska Afrikainstitutet	Scandinavian Institute of African Studies
Nordiska hälsovårdshögskolan	Nordic School of Public Health
Nordiska institutet för samhällsplanering	Nordic Institute for Studies in Urban and Regional Planning
Nordiska museet, stiftelsen	Nordic Museum
Nordiska rådets svenska delegation	Swedish Delegation of the Nordic Council
Notarienämdnen	Recorders Committee
Nämnden för internationella adoptionsfrågor	National Board for Intra Country Adoptions
Nämnden för offentlig upphandling	National Board for Public Procurement
Nämnden för statens gruvegendom	State Mining Property Commission
Nämnden för statliga förnyelsefonder	National Fund for Administrative Development and Training for Government Employees
Nämnden för utställning av nutida svensk konst i utlandet	Swedish National Committee for Contemporary Art Exhibitions Abroad
Närings- och teknikutvecklingsverket	National Board for Industrial and Technical Development
O	
Ombudsmannen mot etnisk diskriminering och nämnden mot etnisk diskriminering	Office of the Ethnic Discrimination Ombudsman/Advisory Committee on Questions Concerning Ethnic Discrimination
P	
Patentbesvärsrätten	Court of Patent Appeals
Patent- och registreringsverket	Patents and Registration Office
Person- och adressregisternämnd, statens	Co-ordinated Population and Address Register
Polarforskningssekretariatet	Swedish Polar Research Secretariat
Presstödsnämnden	Press Subsidies Council
Psykologisk-pedagogiska bibliotek, statens	National Library for Psychology and Education
R	
Radionämnden	Broadcasting Commission
Regeringskansliets förvaltningskontor	Central Services Office for the Ministries
Regeringsrätten	Supreme Administrative Court
Riksantikvarieämbetet och statens historiska museer	Central Board of National Antiquities and National Historical Museums

⁽¹⁾ Icke-krigsmateriel förtecknas i bilaga II.

▼M1

Riksarkivet	National Archives
Riksbanken	Bank of Sweden
Riksdagens förvaltningskontor	Administration Department of the Swedish Parliament
Riksdagens ombudsmän, JO	The Parliamentary Ombudsmen
Riksdagens revisorer	The Parliamentary Auditors
Riksförsäkringsverket	National Social Insurance Board
Riksgäldskontoret	National Debt Office
Rikspolisstyrelsen	National Police Board
Riksrevisionsverket	National Audit Bureau
Riksskatteverket	National Tax Board
Riksutställningar, Stiftelsen	Travelling Exhibitions Service
Riksåklagaren	Office of the Prosecutor-General
Rymdstyrelsen	National Space Board
Råd för byggnadsforskning, statens	Council for Building Research
Rådet för grundläggande högskoleutbildning	Council for Renewal of Undergraduate Education
Räddningsverk, statens	National Rescue Services Board
Rättshjälpsnämnden	Regional Legal-aid Commission
Rättsmedicinalverket	National Board of Forensic Medicine
S	
Sameskolstyrelsen och sameskolor	Sami (Lapp) School Board and Sami (Lapp) Schools
Sjöfartsverket	National Maritime Administration
Sjöhistoriska museer, statens	National Maritime Museums
Skattemyndigheterna (24)	Local Tax Offices (24)
Skogs- och jordbrukets forskningsråd	Swedish Council for Forestry and Agricultural Research
Skogsstyrelsen	National Board of Forestry
Skolverk, statens	National Agency for Education
Smittskyddsinstitutet	Swedish Institute for Infectious Disease Control
Socialstyrelsen	National Board of Health and Welfare
Socialvetenskapliga forskningsrådet	Swedish Council for Social Research
Sprängämnesinspektionen	National Inspectorate of Explosives and Flammables
Statistiska centralbyrån	Statistics Sweden
Statskontoret	Agency for Administrative Development
Stiftelsen WHO	Collaborating Centre on International Drug Monitoring
Strålskyddsinstitut, statens	National Institute of Radiation Protection
Styrelsen för internationell utveckling, SIDA	Swedish International Development Authority
Styrelsen för Internationellt Näringslivsbistånd, SWEDECORP	Swedish International Enterprise Development
Styrelsen för psykologiskt försvar ⁽¹⁾	National Board of Psychological Defence
Styrelsen för Sverige bilden	Image Sweden
Styrelsen för teknisk ackreditering	Swedish Board for Technical Accreditation
Styrelsen för u-landsforskning, SAREC	Swedish Agency for Research Cooperation with Developing Countries
Svenska institutet, stiftelsen	Swedish Institute

⁽¹⁾ Icke-krigsmateriel förtecknas i bilaga II.

▼M1

T	
Talboks- och punktskriftsbiblioteket	Library of Talking Books and Braille Publications
Teknikvetenskapliga forskningsrådet	Swedish Research Council for Engineering Sciences
Tekniska museet, stiftelsen	National Museum of Science and Technology
Tingsrätterna (97)	District and City Courts (97)
Tjänsteförslagsnämnden för domstolsväsendet	Judges Nomination Proposal Committee
Transportforskningsberedningen	Transport Research Board
Transportrådet	Board of Transport
Tullverket	Swedish Board of Customs
U	
Ungdomsråd, statens	State Youth Council
Universitet och högskolor	Universities and University Colleges
Utlänningsnämnden	Aliens Appeals Board
Utsädeskontroll, statens	National Seed Testing and Certification Institute
V	
Vatten- och avloppsnämnd, statens	National Water Supply and Sewage Tribunal
Vattenöverdomstolen	Water Rights Court of Appeal
Verket för högskoleservice (VHS)	National Agency for Higher Education
Veterinärmedicinska anstalt, statens	National Veterinary Institute
Väg- och trafikinstitut, statens	Road and Traffic Research Institute
Värnpliktsverket ⁽¹⁾	Armed Forces' Enrolment Board
Växsortsnämnd, statens	National Plant Variety Board
Y	
Yrkesinspektionen	Labour Inspectorate
Å	
Åklagarmyndigheterna	Public Prosecution Authorities
Ö	
Överbefälhavaren	Supreme Commander of the Armed Forces
Överstyrelsen för civil beredskap	National Board of Civil Emergency Preparedness

⁽¹⁾ Icke-krigsmateriel förtecknas i bilaga II.



VEREINIGTES KÖNIGREICH

Cabinet Office

Chessington Computer Centre
 Civil Service College
 Recruitment and Assessment Service
 Civil Service Occupational Health Service
 Office of Public Services and Science
 Parliamentary Counsel Office
 The Government Centre on Information Systems (CCTA)

Central Office of Information

Charity Commission

Crown Prosecution Service

Crown Estate Commissioners (Vote Expenditure only)

Customs and Excise Department

Department for National Savings

Department for Education

Higher Education Funding Council for England

Department of Employment

Employment Appeals Tribunal
 Industrial Tribunals
 Office of Manpower Economics

Department of Health

Central Council for Education and Training in Social Work
 Dental Practice Board
 English National Board for Nursing, Midwifery and Health Visitors
 National Health Service Authorities and Trusts
 Prescriptions Pricing Authority
 Public Health Laboratory Service Board
 United Kingdom Central Council for Nursing, Midwifery and Health Visiting

Department of National Heritage

British Library
 British Museum
 Historic Buildings and Monuments Commission for England (English Heritage)
 Imperial War Museum
 Museums and Galleries Commission
 National Gallery
 National Maritime Museum
 National Portrait Gallery
 Natural History Museum
 Royal Commission on Historical Manuscripts
 Royal Commission on Historical Monuments of England
 Royal Fine Art Commission (England)
 Science Museum
 Tate Gallery
 Victoria and Albert Museum
 Wallace Collection

Department of Social Security

Medical Boards and Examining Medical Officers (War Pensions)
 Regional Medical Service
 Independent Tribunal Service
 Disability Living Allowance Advisory Board
 Occupational Pensions Board
 Social Security Advisory Committee

Department of the Environment

Building Research Establishment Agency
 Commons Commissioners

▼M1

Countryside Commission
 Valuation Tribunal
 Rent Assessment Panels
 Royal Commission on Environmental Pollution
 The Buying Agency
 Department of the Procurator General and Treasury Solicitor
 Legal Secretariat to the Law Officers
 Department of Trade and Industry
 Laboratory of the Government Chemist
 National Engineering Laboratory
 National Physical Laboratory
 National Weights and Measures Laboratory
 Domestic Coal Consumers' Council
 Electricity Committees
 Gas Consumers' Council
 Central Transport Consultative Committees
 Monopolies and Mergers Commission
 Patent Office
 Department of Transport
 Coastguard Services
 Transport Research Laboratory
 Export Credits Guarantee Department
 Foreign and Commonwealth Office
 Wilton Park Conference Centre
 Government Actuary's Department
 Government Communications Headquarters
 Home Office
 Boundary Commission for England
 Gaming Board for Great Britain
 Inspectors of Constabulary
 Parole Board and Local Review Committees
 House of Commons
 House of Lords
 Inland Revenue, Board of
 Intervention Board for Agricultural Produce
 Lord Chancellor's Department
 Combined Tax Tribunal
 Council on Tribunals
 Immigration Appellate Authorities
 Immigration Adjudicators
 Immigration Appeals Tribunal
 Lands Tribunal
 Law Commission
 Legal Aid Fund (England and Wales)
 Pensions Appeals Tribunals
 Public Trustee Office
 Office of the Social Security Commissioners
 Supreme Court Group (England and Wales)
 Court of Appeal — Criminal
 Circuit Offices and Crown, County and Combined Courts (England and Wales)
 Transport Tribunal
 Ministry of Agriculture, Fisheries and Food
 Agricultural Development and Advisory Service
 Agricultural Dwelling House Advisory Committees
 Agricultural Land Tribunals
 Agricultural Wages Board and Committees

▼M1

Cattle Breeding Centre
 Plant Variety Rights Office
 Royal Botanic Gardens, Kew
 Ministry of Defence⁽¹⁾
 Meteorological Office
 Procurement Executive
 National Audit Office
 National Investment Loans Office
 Northern Ireland Court Service
 Coroners Courts
 County Courts
 Court of Appeal and High Court of Justice in Northern Ireland
 Crown Courts
 Enforcement of Judgements Office
 Legal Aid Fund
 Magistrates Court
 Pensions Appeals Tribunals
 Northern Ireland, Department of Agriculture
 Northern Ireland, Department for Economic Development
 Northern Ireland, Department of Education
 Northern Ireland, Department of the Environment
 Northern Ireland, Department of Finance and Personnel
 Northern Ireland, Department of Health and Social Services
 Northern Ireland Office
 Crown Solicitor's Office
 Department of the Director of Public Prosecutions for Northern Ireland
 Northern Ireland Forensic Science Laboratory
 Office of Chief Electoral Officer for Northern Ireland
 Police Authority for Northern Ireland
 Probation Board for Northern Ireland
 State Pathologist Service
 Office of Fair Trading
 Office of Population Censuses and Surveys
 National Health Service Central Register
 Office of the Parliamentary Commissioner for Administration and Health
 Service Commissioners
 Ordnance Survey
 Overseas Development Administration
 Natural Resources Institute
 Paymaster General's Office
 Postal Business of the Post Office
 Privy Council Office
 Public Record Office
 Registry of Friendly Societies
 Royal Commission on Historical Manuscripts
 Royal Hospital, Chelsea
 Royal Mint
 Scotland, Crown Office and Procurator
 Fiscal Service
 Scotland, Department of the Registers of Scotland
 Scotland, General Register Office
 Scotland, Lord Advocate's Department
 Scotland, Queen's and Lord Treasurer's Remembrancer
 Scottish Courts Administration
 Accountant of Court's Office

⁽¹⁾ Non-warlike materials provided for in Annex II.

▼M1

- Court of Justiciary
- Court of Session
- Lands Tribunal for Scotland
- Pensions Appeal Tribunals
- Scottish Land Court
- Scottish Law Commission
- Sheriff Courts
- Social Security Commissioners' Office
- The Scottish Office
 - Central Services
 - Agriculture and Fisheries Department
 - Crofters Commission
 - Red Deer Commission
 - Royal Botanic Garden, Edinburgh
 - Industry Department
 - Education Department
 - National Galleries of Scotland
 - National Library of Scotland
 - National Museums of Scotland
 - Scottish Higher Education Funding Council
 - Environment Department
 - Rent Assessment Panel and Committees
 - Royal Commission on the Ancient and Historical Monuments of Scotland
 - Royal Fine Art Commission for Scotland
 - Home and Health Departments
 - HM Inspectorate of Constabulary
 - Local Health Councils
 - National Board for Nursing, Midwifery and Health Visiting for Scotland
 - Parole Board for Scotland and Local Review Committees
 - Scottish Council for Postgraduate Medical Education
 - Scottish Crime Squad
 - Scottish Criminal Record Office
 - Scottish Fire Service Training School
 - Scottish Health Service Authorities and Trusts
 - Scottish Police College
 - Scottish Record Office
- HM Stationery Office (HMSO)
- HM Treasury
 - Forward
- Welsh Office
 - Royal Commission of Ancient and Historical Monuments in Wales
 - Welsh National Board for Nursing, Midwifery and Health Visiting
 - Local Government Boundary Commission for Wales
 - Valuation Tribunals (Wales)
 - Welsh Higher Education Finding Council
 - Welsh National Health Service Authorities and Trusts
 - Welsh Rent Assessment Panels.



ANHANG II

VERZEICHNIS DER IN ARTIKEL 5 GENANNTEN WAREN, SOFERN DIE AUFTRÄGE VON ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERN IM BEREICH DER VERTEIDIGUNG VERGEBEN WERDEN

- Kapitel 25: Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
- Kapitel 26: Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen
- Kapitel 27: Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse
ausgenommen:
ex 2710: Spezialtreibstoffe
- Kapitel 28: Anorganische chemische Erzeugnisse; organische oder anorganische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen
ausgenommen:
ex 2809: Sprengstoffe
ex 2813: Sprengstoffe
ex 2814: Tränengase
ex 2828: Sprengstoffe
ex 2832: Sprengstoffe
ex 2839: Sprengstoffe
ex 2850: toxikologische Erzeugnisse
ex 2851: toxikologische Erzeugnisse
ex 2854: Sprengstoffe
- Kapitel 29: Organische chemische Erzeugnisse
ausgenommen:
ex 2903: Sprengstoffe
ex 2904: Sprengstoffe
ex 2907: Sprengstoffe
ex 2908: Sprengstoffe
ex 2911: Sprengstoffe
ex 2912: Sprengstoffe
ex 2913: toxikologische Erzeugnisse
ex 2914: toxikologische Erzeugnisse
ex 2915: toxikologische Erzeugnisse
ex 2921: toxikologische Erzeugnisse
ex 2922: toxikologische Erzeugnisse
ex 2923: toxikologische Erzeugnisse
ex 2926: Sprengstoffe
ex 2927: toxikologische Erzeugnisse
ex 2929: Sprengstoffe
- Kapitel 30: Pharmazeutische Erzeugnisse
- Kapitel 31: Düngemittel
- Kapitel 32: Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Färbemittel; Kitte; Tinten
- Kapitel 33: Ätherische Öle und Resinoide, zubereitete Riech-, Körperpflege- und Schönheitsmittel
- Kapitel 34: Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschlösungsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und „Dentalwachs“
- Kapitel 35: Eiweißstoffe; Klebstoffe; Enzyme
- Kapitel 37: Erzeugnisse zu photographischen und kinematografischen Zwecken
- Kapitel 38: Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie
ausgenommen:
ex 3819: toxikologische Erzeugnisse
- Kapitel 39: Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus

▼B

- ausgenommen:*
ex 3903: Sprengstoffe
- Kapitel 40: Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
- ausgenommen:*
ex 4011: kugelsichere Reifen
- Kapitel 41: Häute und Felle; Leder
- Kapitel 42: Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen
- Kapitel 43: Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
- Kapitel 44: Holz, Holzkohle und Holzwaren
- Kapitel 45: Kork und Korkwaren
- Kapitel 46: Flechtwaren und Korbmacherwaren
- Kapitel 47: Ausgangsstoffe für die Papierherstellung
- Kapitel 48: Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe
- Kapitel 49: Waren des Buchhandels und Erzeugnisse des graphischen Gewerbes
- Kapitel 65: Kopfbedeckungen und Teile davon
- Kapitel 66: Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon
- Kapitel 67: Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
- Kapitel 68: Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
- Kapitel 69: Keramische Waren
- Kapitel 70: Glas und Glaswaren
- Kapitel 71: Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck
- Kapitel 73: Eisen und Stahl
- Kapitel 74: Kupfer
- Kapitel 75: Nickel
- Kapitel 76: Aluminium
- Kapitel 77: Magnesium, Beryllium (Glucinium)
- Kapitel 78: Blei
- Kapitel 79: Zink
- Kapitel 80: Zinn
- Kapitel 81: Andere unedle Metalle
- Kapitel 82: Werkzeuge; Messerschmiedewaren und Eßbestecke, aus unedlen Metallen
- ausgenommen:*
ex 8205: Werkzeuge
ex 8207: Werkzeugteile
- Kapitel 83: Verschiedene Waren aus unedlen Metallen
- Kapitel 84: Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte
- ausgenommen:*
ex 8406: Motoren
ex 8408: andere Triebwerke
ex 8445: Maschinen
ex 8453: automatische Datenverarbeitungsmaschinen
ex 8455: Teile für Maschinen der Tarifnummer 8453

▼B

- ex 8459: Kernreaktoren
- Kapitel 85: Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektronische Waren
ausgenommen:
 ex 8513: Geräte für die Fernsprech- oder Telegraphentechnik
 ex 8515: Sendegeräte
- Kapitel 86: Schienenfahrzeuge; ortsfestes Gleismaterial; nichtelektrische mechanische Signalvorrichtungen für Verkehrswege
ausgenommen:
 ex 8602: gepanzerte Lokomotiven
 ex 8603: andere gepanzerte Lokomotiven
 ex 8605: gepanzerte Wagen
 ex 8606: Werkstattwagen
 ex 8607: Wagen
- Kapitel 87: Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafräder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge
ausgenommen:
 8708: Panzerwagen und andere gepanzerte Fahrzeuge
 ex 8701: Zugmaschinen
 ex 8702: Militärfahrzeuge
 ex 8703: Abschleppwagen
 ex 8709: Krafräder
 ex 8714: Anhänger
- Kapitel 89: Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
ausgenommen:
 8901 A: Kriegsschiffe
- Kapitel 90: Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte
ausgenommen:
 ex 9005: Ferngläser
 ex 9013: verschiedene Instrumente, Laser
 ex 9014: Entfernungsmesser
 ex 9028: elektrische oder elektronische Meßinstrumente
 ex 9011: Mikroskope
 ex 9017: medizinische Instrumente
 ex 9018: Apparate und Geräte für Mechanotherapie
 ex 9019: orthopädische Apparate
 ex 9020: Röntgenapparate und -geräte
- Kapitel 91: Uhrmacherwaren
- Kapitel 92: Musikinstrumente; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte; Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte oder Bild- und Tonwiedergabegeräte, für das Fernsehen; Teile und Zubehör für diese Instrumente und Geräte
- Kapitel 94: Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettausstattungen und ähnliche Waren
ausgenommen:
 ex 9401 A: Sitze für Luftfahrzeuge
- Kapitel 95: Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe; Waren aus Schnitz- und Formstoffen
- Kapitel 96: Besen, Bürsten, Pinsel, Puderquasten und Siebwaren
- Kapitel 98: Verschiedene Waren



ANHANG III

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN FÜR EINIGE TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Für diese Richtlinie gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. Technische Spezifikationen: sämtliche, insbesondere in den Verdingungsunterlagen enthaltenen technischen Anforderungen an ein Material, ein Erzeugnis oder eine Lieferung, mit deren Hilfe das Material, das Erzeugnis oder die Lieferung so bezeichnet werden können, daß sie ihren durch den Auftraggeber festgelegten Verwendungszweck erfüllen. Zu diesen technischen Anforderungen gehören Qualitätsstufen, Gebrauchstauglichkeit, Leistungsfähigkeit, Sicherheit oder Abmessungen, ebenso die Vorschriften für Materialien, Erzeugnisse oder Lieferungen hinsichtlich Qualitätssicherung, Terminologie, Bildzeichen, Prüfungen und Prüfverfahren, Verpackung, Kennzeichnung und Beschriftung.
2. Norm: technische Spezifikationen, die von einer anerkannten Normenorganisation zur wiederholten oder ständigen Anwendung angenommen wurden, deren Einhaltung grundsätzlich nicht zwingend vorgeschrieben ist.
3. Europäische Norm: die von dem Europäischen Komitee für Normung (CEN) oder dem Europäischen Komitee für Elektrotechnische Normung (CENELEC) gemäß deren gemeinsamen Regeln als Europäische Normen (EN) oder Harmonisierungsdokumente (HD) angenommenen Normen.
4. Europäische technische Zulassung: eine positive technische Beurteilung der Brauchbarkeit eines Produkts hinsichtlich der Erfüllung der wesentlichen Anforderungen an bauliche Anlagen; sie erfolgt aufgrund der spezifischen Merkmale des Produkts und der festgelegten Anwendungs- und Verwendungsbedingungen. Die europäische technische Zulassung wird von einer zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat zugelassenen Organisation ausgestellt.
5. Gemeinsame technische Spezifikation: technische Spezifikation, die nach einem von den Mitgliedstaaten anerkannten Verfahren erarbeitet und die im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht wurde.



ANHANG IV

**MUSTER FÜR DIE BEKANNTMACHUNG ÖFFENTLICHER LIEFER-
AUFTRÄGE**

A. VORINFORMATIONSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers und — falls anderslautend — Dienststelle, bei der zusätzliche Angaben eingeholt werden können
2. Art und Menge oder Wert der zu liefernden Ware: CPA-Referenznummer
3. Voraussichtlicher Zeitpunkt der Einleitung des Auftragsvergabeverfahrens (sofern bekannt)
4. Sonstige Angaben
5. Tag der Absendung der Bekanntmachung
6. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
7. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

B. OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers
2.
 - a) Gewähltes Vergabeverfahren
 - b) Form des Vertrags, für den Angebote eingereicht werden sollen
3.
 - a) Ort der Lieferung
 - b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehrere gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer
 - c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, bis zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge
 - d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann
4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags
5.
 - a) Name und Anschrift der Dienststelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzlichen Unterlagen angefordert werden können
 - b) Gegebenenfalls Einsendefrist für solche Anträge
 - c) Gegebenenfalls Höhe und Einzelheiten der Zahlung der Gebühr für die Übersendung dieser Unterlagen
6.
 - a) Einsendefrist für die Angebote
 - b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
 - c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind
7.
 - a) Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen
 - b) Datum, Uhrzeit und Ort der Öffnung der Angebote
8. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten
9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind
10. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß
11. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt
12. Bindefrist

▼MI

13. Kriterien für die Auftragserteilung. Andere Kriterien als der niedrigste Preis müssen genannt werden, falls sie nicht in den Verdingungsunterlagen enthalten sind
14. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen
15. Sonstige Angaben
16. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung
17. Tag der Absendung der Bekanntmachung
18. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
19. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

C. NICHT OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers
2.
 - a) Gewähltes Vergabeverfahren
 - b) Gegebenenfalls Begründung für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens
 - c) Gegebenenfalls Form des Vertrages, für den Angebote eingereicht werden sollen
3.
 - a) Ort der Lieferung
 - b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehrere gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer
 - c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, bis zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge
 - d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann
4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags
5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß
6.
 - a) Einsendefrist für die Angebote
 - b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
 - c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind
7. Frist für die Absendung von Aufforderungen zur Angebotsabgabe
8. Gegebenenfalls geforderte Kauttionen und Sicherheiten
9. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt
10. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind
11. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Lieferanten, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden
12. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen
13. Sonstige Angaben
14. Tag(e) der Veröffentlichung der Vorinformationen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung
15. Tag der Absendung der Bekanntmachung
16. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
17. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

▼M1

D. VERHANDLUNGSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers
2.
 - a) Gewähltes Vergabeverfahren
 - b) Gegebenenfalls Begründung für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens
 - c) Form des Vertrages, für den Angebote eingereicht werden sollen
3.
 - a) Ort der Lieferung
 - b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehrere gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer
 - c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, bis zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge
 - d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann
4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags
5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß
6.
 - a) Einsendefrist für die Angebote
 - b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
 - c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind
7. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten
8. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt
9. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Lieferanten, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden
10. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen
11. Gegebenenfalls Name und Anschrift der vom öffentlichen Auftraggeber bereits ausgewählten Lieferanten
12. Datum vorhergehender Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
13. Sonstige Angaben
14. Tag der Absendung der Bekanntmachung
15. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
16. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

E. BEKANNTMACHUNG DER AUFTRAGSVERGABE

1. Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers
2. Gewähltes Vergabeverfahren; im Fall des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Veröffentlichung einer Ausschreibung: Begründung (Artikel 6 Absatz 3)
3. Tag der Auftragsvergabe
4. Zuschlagskriterien
5. Anzahl der eingegangenen Angebote
6. Name und Anschrift der (des) Auftragnehmer(s)
7. Art und Menge der gelieferten Waren, gegebenenfalls nach Auftragnehmer, CPA-Referenznummer
8. Gezahlter Preis oder Preisspanne (Minimum/Maximum)

▼M1

9. Wert des Auftrags, der den Zuschlag erhalten hat, oder das höchste und das niedrigste Angebot, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden
10. Sonstige Angaben
11. Tag der Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
12. Tag der Absendung der Bekanntmachung
13. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften



ANHANG V

UMSETZUNGS- UND ANWENDUNGSFRISTEN

Richtlinie 77/62/EWG ⁽¹⁾	geändert durch die Richtlinie				geändert durch die Beitrittsakte von	
	80/767/EWG ⁽²⁾	88/295/EWG ⁽³⁾	90/531/EWG ⁽⁴⁾	92/50/EWG ⁽⁵⁾	GR ⁽⁶⁾	ES/P ⁽⁷⁾
Artikel 1 Buchstabe a)		geändert				
Artikel 1 Buchstaben b) und c)						
Artikel 1 Buchstaben d) und f)		geändert				
Artikel 2 Absatz 1		gestrichen				
Artikel 2 Absatz 2		geändert	geändert			
Artikel 2 Absatz 3						
Artikel 2a		eingefügt				
Artikel 3						
Artikel 4		gestrichen				
Artikel 5		geändert				
Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c)				geändert		
Artikel 6		geändert				
Artikel 7		geändert				
Artikel 8						
Artikel 9		geändert				
Artikel 10 Absatz 1		geändert				
Artikel 10 Absätze 2 bis 4						
Artikel 11 Absätze 1 bis 3		geändert				
Artikel 11 Absätze 4 bis 6						
Artikel 12 Absatz 1		geändert				
Artikel 12 Absätze 2 und 3						
Artikel 13		gestrichen				
Artikel 14		gestrichen				
Artikel 15		gestrichen				
Artikel 16						
Artikel 17						
Artikel 18						
Artikel 19 Absatz 1		geändert				
Artikel 19 Absatz 2						
Artikel 20						
Artikel 21 Absatz 1						
Artikel 21 Absatz 2		geändert				
Artikel 22						
Artikel 23						
Artikel 24						
Artikel 25						
Artikel 26		geändert				
Artikel 27						
Artikel 28						
Artikel 29		geändert				
Artikel 30						
Artikel 31						
Artikel 32						
Anhang I		geändert			geändert	geändert

▼B

Richtlinie 77/62/EWG ⁽¹⁾	geändert durch die Richtlinie				geändert durch die Beitrittsakte von	
	80/767/EWG ⁽²⁾	88/295/EWG ⁽³⁾	90/531/EWG ⁽⁴⁾	92/50/EWG ⁽⁵⁾	GR ⁽⁶⁾	ES/P ⁽⁷⁾
Anhang II		geändert				
Anhang III		geändert				
Artikel 1						
Artikel 2		gestrichen				
Artikel 3		gestrichen				
Artikel 4		gestrichen				
Artikel 5		gestrichen				
Artikel 6		gestrichen				
Artikel 7						
Artikel 8						
Artikel 9						
Artikel 10						
Artikel 11						
Anhang I						
Anhang II						

⁽¹⁾ EG-9: 24. 6. 1978;
GR: 1. 1. 1983;
ES, P: 1. 1. 1986.

⁽²⁾ EG-9: 1. 1. 1981;
GR: 1. 1. 1983;
ES, P: 1. 1. 1986.

⁽³⁾ EG-9: 1. 1. 1989;
GR, ES, P: 1. 3. 1992.

⁽⁴⁾ EG-9: 1. 1. 1983;
ES: 1. 1. 1996;
GR, P: 1. 1. 1998.

⁽⁵⁾ EG-12: 1. 7. 1993.

⁽⁶⁾ EG-10: 1. 1. 1983.

⁽⁷⁾ EG-12: 1. 1. 1986.



ANHANG VI

ENTSPRECHUNGSTABELLE

Diese Richtlinie	Richtlinie 77/62/EWG	Richtlinie 80/767/EWG	Richtlinie 88/295/EWG	Richtlinie 90/531/EWG	Richtlinie 92/50/EWG
Artikel 1	Artikel 1				
Artikel 2 Absatz 1	Artikel 2 Absatz 2			Artikel 35 Absatz 1	
Artikel 2 Absatz 2	Artikel 2 Absatz 3				
Artikel 3	Artikel 2a				
Artikel 4	Artikel 3				
Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a) und b)	Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a) und b)				Artikel 42 Absatz 1
Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c) erster Unterabsatz	Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c)				
Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c) zweiter Unterabsatz	Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d)				
Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d)	—				
Artikel 5 Absätze 2 bis 6	Artikel 5 Absätze 2 bis 6				
Artikel 6 Absatz 1	Artikel 6 Absatz 1				
—	Artikel 6 Absatz 2				
Artikel 6 Absatz 2	Artikel 6 Absatz 3				
Artikel 6 Absatz 3 Buchstaben a) bis e)	Artikel 6 Absatz 4 Buchstaben a) bis e)				
Artikel 6 Absatz 4	Artikel 6 Absatz 5				
Artikel 7 Absatz 1 und 2	—				
Artikel 7 Absatz 3	Artikel 6 Absatz 6				
Artikel 8 Absätze 1 bis 4	Artikel 7 Absätze 1 bis 4				
Artikel 8 Absatz 5 Buchstaben a) und b)	—				
Artikel 8 Absatz 5 Buchstabe c)	Artikel 7 Absatz 5 Buchstaben a) bis c)				
Artikel 8 Absatz 6	Artikel 7 Absatz 6				
Artikel 9 Absatz 1 erster Unterabsatz	Artikel 9 Absatz 1 erster Unterabsatz				
—	Artikel 9 Absatz 1 zweiter Unterabsatz				
Artikel 9 Absatz 1 zweiter Unterabsatz	—				
Artikel 9 Absätze 2 und 3	Artikel 9 Absätze 2 und 3				
Artikel 9 Absatz 4	Artikel 9 Absatz 5				
Artikel 9 Absatz 5	Artikel 9 Absatz 4				
Artikel 9 Absätze 6 und 7	Artikel 9 Absatz 6 erster Unterabsatz				
Artikel 9 Absatz 8	Artikel 9 Absatz 6 zweiter Unterabsatz				
Artikel 9 Absatz 9	Artikel 9 Absatz 7				
Artikel 9 Absatz 10	Artikel 9 Absatz 8				
Artikel 9 Absatz 11	Artikel 9 Absatz 9				
Artikel 10	Artikel 10				



Diese Richtlinie	Richtlinie 77/62/EWG	Richtlinie 80/767/EWG	Richtlinie 88/295/EWG	Richtlinie 90/531/EWG	Richtlinie 92/50/EWG
Artikel 11 Absatz 1	Artikel 11 Absatz 1				
Artikel 11 Absatz 2	Artikel 11 Absatz 2				
Artikel 11 Absatz 2 Buchstaben a) bis e)	—				
Artikel 11 Absatz 3	Artikel 11 Absatz 3				
Artikel 11 Absatz 4	Artikel 11 Absatz 5				
Artikel 11 Absatz 5	Artikel 11 Absatz 4				
Artikel 11 Absatz 6	Artikel 11 Absatz 6				
Artikel 12	Artikel 12				
Artikel 13	Artikel 16				
Artikel 14	—				
Artikel 15	Artikel 17				
Artikel 16 Absatz 1	Artikel 8				
Artikel 16 Absatz 2	—				
Artikel 17	—				
Artikel 18	Artikel 18				
Artikel 19 Absatz 1	Artikel 19 Absatz 1				
Artikel 19 Absätze 2 und 3	—				
Artikel 19 Absatz 4	Artikel 19 Absatz 2				
Artikel 20	Artikel 20				
Artikel 21 Absätze 1 und 2	Artikel 21				
Artikel 22	Artikel 22				
Artikel 23	Artikel 23				
Artikel 24	Artikel 24				
Artikel 25	—				
Artikel 26 Absätze 1 und 2	Artikel 25 Absätze 1 und 2				
—	Artikel 25 Absätze 3 und 4				
Artikel 27	Artikel 25 Absätze 5 bis 7				
—	Artikel 26				
—	Artikel 27				
Artikel 28		Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 7			
Artikel 29 Absätze 1 und 2		Artikel 8 Absätze 1 und 2			
Artikel 29 Absatz 3		Artikel 1 Absatz 2			
Artikel 30	Artikel 28				
Artikel 31	Artikel 29				
Artikel 32	—				
Artikel 33	Artikel 30 und Artikel 31	Artikel 9 und Artikel 10	Artikel 20 und Artikel 21		
Artikel 34	—				
Artikel 35	—				
—	Anhang I				
Anhang I		Anhang I			

▼B

Diese Richtlinie	Richtlinie 77/62/EWG	Richtlinie 80/767/EWG	Richtlinie 88/295/EWG	Richtlinie 90/531/EWG	Richtlinie 92/50/EWG
Anhang II		Anhang II			
Anhang III, Punkt 1	Anhang II, Punkt 1				
Anhang III, Punkt 2	Anhang II, Punkt 2				
Anhang III, Punkt 3	Anhang II, Punkt 3				
Anhang III, Punkt 4	—				
Anhang III, Punkt 5	Anhang II, Punkt 4				
Anhang IV, Abschnitt A	Anhang III, Abschnitt D				
Anhang IV, Abschnitt B	Anhang III, Abschnitt A				
Anhang IV, Abschnitt C	Anhang III, Abschnitt B				
Anhang IV, Abschnitt D	Anhang III, Abschnitt C				
Anhang IV, Abschnitt E	Anhang III, Abschnitt E				
Anhang V	—				
Anhang VI	—				